

NACHRICHTENBLATT

für die Vereinigung der höheren Postbeamten

Heft 3

Juni 1967

3. Jahrgang

Der Bezirk der Oberpostdirektion Frankfurt am Main

Von Präsident Dr. Kämmerer

Herrn OPR Paffen
31.7

Die *Natur* des Bezirks der Oberpostdirektion Frankfurt am Main wird von seiner geographischen Lage entscheidend bestimmt. Nach der unseligen Teilung unseres Landes bildet das Bundespostgebiet nunmehr ein Rechteck, dessen Diagonalen sich im Frankfurter Raum schneiden; die West-Ost-Richtung ist 1945 als deutsche Verkehrsdominante – wie wir hoffen: nur vorübergehend – weggefallen. Für die verbleibende Nord-Süd-Richtung stellt der Frankfurter Bezirk das Übergangsgebiet dar; von dem richtigen Funktionieren seines Postverkehrs hängt daher die reibungslose Abwicklung des nationalen postalischen Weitverkehrs ab. Nach innen erhält der Bezirk sein Gepräge von dem gewaltigen Industrie- und Wirtschaftszentrum am unteren Main, in dessen Sog fast alle Verkehrslinien gezogen werden.

Politisch decken sich die Grenzen des Bezirks der Oberpostdirektion Frankfurt am Main fast genau mit denen des Landes Hessen. Das vor 1945 zu ihm gehörende Rheinhessen mit den Städten Mainz, Worms und Bingen im Westen sowie die Landkreise Oberwesterwald, Unterwesterwald, Unterlahnkreis und St. Goarshausen im Nordwesten sind bei der recht willkürlichen Ziehung der Besatzungszonengrenzen dem Koblenzer Bezirk zugeschlagen worden.

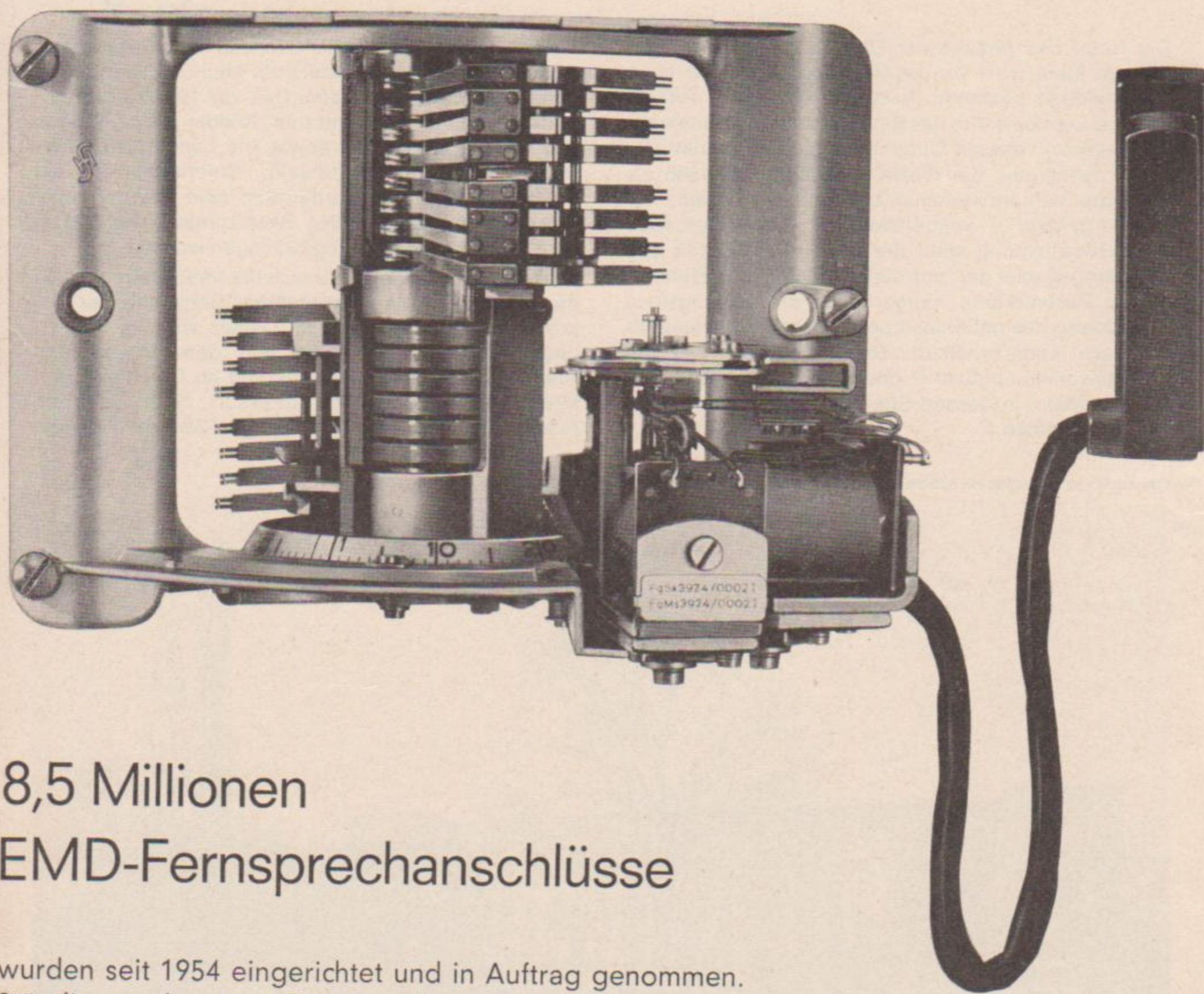
Nach seiner *natürlichen Beschaffenheit* erstreckt sich der Bezirk über ein vielgestaltiges Berg- und Beckenland von 21 000 qkm Größe. Dieses wird im Westen und Nordwesten begrenzt von dem Massiv des Rheinischen Schiefergebirges und im Osten von den Mittelgebirgen Odenwald, Spessart, Rhön und den Ausläufern des Thüringer Waldes. Zwischen diesen

Gebäude der Oberpostdirektion Frankfurt am Main an der Friedrich-Ebert-Anlage





SIEMENS



8,5 Millionen EMD-Fernsprechanschlüsse

wurden seit 1954 eingerichtet und in Auftrag genommen. Ständig werden neue Fernsprechämter mit EMD-Wählern in allen Teilen der Welt eingeschaltet - ein überzeugender Beweis für das Vertrauen, das die Fernsprechverwaltungen der EMD-Technik entgegenbringen.

Gebirgsblöcken liegt als Hessische Senke eine Beckenlandschaft, innerhalb deren das Rhein-Mainische Tiefland eine Ebene von größerer Ausdehnung bildet. Im Norden wird diese Senke unterbrochen von der mitteldeutschen Gebirgsschwelle mit den Flüssen Eder, Schwalm und Fulda zur Weser und im Süden mit Lahn, Wetter, Nidda und Kinzig zum Main und zum Rhein hin. Diese Gunst der Lage wurde dem Land freilich auch zum Schicksal. In friedlichen Zeiten belebte seine leichte Zugänglichkeit Handel und Wandel, in kriegerischen Zeiten wurden die Verbindungs- und Durchgangsstraßen für militärische Zwecke ausgenutzt und der Bevölkerung in Stadt und Land Not und Leid in reichem Maße zugefügt.

Das Land, das der Frankfurter Bezirk umschließt, ist nicht reich an Bodenschätzen. Wenn es im Kreise der deutschen Länder *wirtschaftlich* dennoch einen hervorragenden Platz einnimmt, so ist dies dem Fleiß und der Tatkraft seiner Bevölkerung zu verdanken. Diese Eigenschaften waren es, die in der Chemie, im Maschinen- und Fahrzeugbau, in der Elektrotechnik, der Feinmechanik und der Optik industrielle Werke von hohem Rang und weltweiter Bedeutung geschaffen haben. Aber Hessen ist nicht nur ein hochentwickelter Industriestaat, es verfügt auch in glücklicher Weise über eine gut ausgebreitete Landwirtschaft. Einen bemerkenswerten Akzent erhält die Agrarproduktion durch den Weinbau an den Ufern des Rheins und in den benachbarten Gegenden. Hauptanbaugebiet ist der Rheingau, der durch seine Lage am Südhang des Taunus als Weinland besonders prädestiniert erscheint. Neben der ganz unromantischen Winzerarbeit bieten umfangreiche Weinhandels- und weinverarbeitende Betriebe einem großen Teil der Bevölkerung Arbeit und Brot. Viele leben hier auch von einem regen Fremdenverkehr, der von der Schönheit der Landschaft und von der Aura vielbesungener Dörfer, Städte und Burgen angezogen wird.

Der *verkehrsmäßige Schwerpunkt* des Bezirks der Oberpostdirektion ist zweifellos das untere Maingebiet mit dem Zentrum Frankfurt. Der Ordnung der Raumüberwindung in diesem Ballungsraum gilt die Hauptsorge. Die stürmische Aufwärtsentwicklung nach dem Zusammenbruch 1945 konnte sich nicht immer nach den Erfordernissen einer sinnvollen Raumordnung richten. Den Vorrang hatten zunächst die Wiederherstellung von Arbeitsplätzen und der Bau von Wohnungen. Nachdem diese dringlichsten Hauptaufgaben im wesentlichen erfüllt waren, gründeten die Städte Frankfurt, Hanau, Offenbach und die Landkreise Dieburg, Friedberg, Groß-Gerau, Hanau, Main-Taunus, Obertaunus, Offenbach und Usingen eine Gesellschaft unter dem Namen „Regionale Raumordnung im engeren Untermaingebiet“. Zweck dieser Gesellschaft ist es zunächst, an Professor Wortmann von der Technischen Hochschule Hannover einen Auftrag zur Ausarbeitung eines regionalen Raumordnungsprogramms für das engere Untermaingebiet zu erteilen und zu finanzieren. Der Auftrag ist inzwischen erteilt worden. Sein Ziel ist, eine geordnete räumliche Gesamtentwicklung am Untermain zu fördern, wobei insbesondere Gesichtspunkte des Wohnungs- und Siedlungswesens, der Industrieansiedlung, des Landschaftsschutzes, des *Verkehrswesens*, der Ausstattung des Planungsgebietes mit Gemeinbedarfseinrichtungen und Erholungsgebieten, der öffentlichen Wasserversorgung (Wasserschutzgebieten) und Abwasserbeseitigung sowie der öffentlichen Energieversorgung berücksichtigt werden.

Inhalt

Präsident Dr. Kämmerer	
Der Bezirk der Oberpostdirektion Frankfurt am Main	53
Oberpostrat a. D. Karl Bergmann, Hamburg	
Dr. Friedrich Wilhelm Tapfer	56
PRn Spelberg	
Niederschrift über den Vertretertag 1967 der Vereinigung der höheren Postbeamten	58
Präsident Dr. Kurt Wiesemeyer	
Begrüßungsansprache	62
Bundespostminister Dr. Dollinger	
Festvortrag	63
Etwas über die Besoldungssituation im höheren Dienst	69
OPDir Dipl.-Ing. Julius Böwering	
Bericht über die Arbeit in der F.I.T.C.E.	73
Oberpostdirektor Ernst Schilly	
Die FEFAS seit ihrer Gründung 1966	75
Mitteilungen der F.I.T.C.E.	77
Gustav Gerke	
Goethe und der Generalpostmeister v. Nagler	78

Einsendeschluß für Beiträge jeweils 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin.

Verlag: ACO Verlags- und Druck-GmbH,
33 Braunschweig, Kalenwall 1, Telefon (05 31) 2 24 95 / 96.

Herausgeber: Vereinigung der höheren Postbeamten,
Nürnberg.

Redaktion: Vizepräsident a. D. Dipl.-Ing. Fritz Harder,
205 Hamburg 80, Häußlerstr. 47, Fernsprecher 7 38 54 34

Einzelheft: für Mitglieder —,80 DM, sonst 1,25 DM.

Auflage 3000.

Anzeigenverwaltung: ACO Verlags- und Druck-GmbH,
Braunschweig.
Anzeigenpreisliste 1 — Familienanzeigen dreigespalten,
Spaltenbreite 52 mm. Grundpreis mm = 0,75 DM.

Zahlungen: ACO Verlags- und Druck-GmbH, Braunschweig,
Postscheckkonto Hamburg 2008 88,

Braunschweigische Staatsbank, Hauptbankkasse,
Konto-Nr. 101 790.

Gesamtherstellung: ACO DRUCK GMBH, Braunschweig.
Postfach 975.

Die mit Namen gezeichneten Artikel geben die persönliche Meinung der Verfasser wieder. Wenn sich diese mit der Meinung des Hauptvorstandes decken, wird dieses ausdrücklich erwähnt.

Es versteht sich von selbst, daß der Oberpostdirektion Frankfurt im Rahmen dieser Bestrebungen eine hohe Aufgabe zufällt. Sie muß sich rechtzeitig in den Gang der Untersuchungen einschalten, um von Anfang an sowohl für die Beachtung ihrer Bedürfnisse zu sorgen, als auch die Ergebnisse der Ordnungsüberlegungen in ihre eignen laufenden Planungen, besonders im Fernmeldewesen, einbeziehen zu können.

Zu der nationalen Bedeutung des Frankfurter Bezirks tritt seine *internationale*. Das äußert sich hauptsächlich in zwei Richtungen: im Fernmeldewesen und im Luftpostwesen. Für den Fernmeldeverkehr nach Übersee bestehen in dem Frankfurter Vorort Bonames sowie in Usingen bei Frankfurt 4 Kurzwellensender mit je 100 kW, 39 Kurzwellensender mit 20 kW und 2 mit 5 kW Leistung. Diese Sender ermöglichen Sprechverkehr auf max. 4 Kanälen und Rundfunkübertragungen mit New York; für den öffentlichen Telegraphenverkehr laufen darüber Verbindungen mit New York, Rom, Kairo, Teheran, Athen, Istanbul, Belgrad, Beirut, Lissabon, Tanger, die Dienste für Übermittlung von Nachrichten an mehrere Empfänger an den gleichen Orten, die Mietdienste mit USA im

Fernschreibbetrieb, die Rundstrahlung von Wetternachrichten zum Empfang durch die Wetterdienste des Bundesgebiets und den Austausch von Bildtelegrammen mit Nordamerika. Die entsprechenden Empfangsanlagen sind in Eschborn bei Frankfurt, wo sich auch die Funksprechendeinrichtung befindet. In der Überseetelegraphie wird heute schon überwiegend mit Fernschreibern gearbeitet. Mittelpunkt des Frankfurter Fernmeldeverkehrs ist das Fernmeldehochhaus, das mit seinem 70 m hohen Turm die Silhouette der City beherrscht.

Zentrum des internationalen *Luftpostverkehrs* ist der Rhein-Main-Flughafen. Er ist nach London und Paris der Flugplatz mit dem stärksten Verkehr in Europa. Er wird von 65 Luftverkehrsgesellschaften angefliegen, die von hier aus jährlich über 5 Millionen Fluggäste und über 100 000 Tonnen Luftfracht befördern. Das Gesamtgewicht der nach dem Ausland gerichteten Luftpost betrug 2391 Tonnen im Jahre 1965. Im gleichen Zeitraum gingen insgesamt 2400 Tonnen Luftpost bei der Luftpostleitstelle im Flughafen aus dem Ausland ein.

Dr. Friedrich Wilhelm Tapfer

Lebensbild eines verdienten Beamten und Staatsbürgers

Oberpostrat a. D. Karl Bergmann, Hamburg

Am 20. März 1967 ist Oberpostdirektor a. D. Dr. Friedrich Wilhelm Tapfer, Ehrenmitglied der Vereinigung der höheren Postbeamten, nach kurzer Krankheit im 92. Lebensjahre in Bad Honnef/Rhein verstorben. Dr. Tapfer hat als Postbeamter des höheren Dienstes und als Staatsbürger außergewöhnliche Leistungen vollbracht. In seinem Leben, das von 1875 bis 1967 fast 100 Jahre wechsellängste deutsche Geschichte umfaßte, hat er sich als aufrechter Charakter von gerechtem Denken und Handeln bewährt.

Der Berufsweg eines hervorragend befähigten Beamten

Friedrich Wilhelm Tapfer wurde am 18. 11. 1875 als Sohn einer Berliner Beamtenfamilie geboren und evangelisch erzogen. Er besuchte in Berlin das Friedrich-Realgymnasium, bestand im Januar 1894 als Primus der Schule die Reifeprüfung. Nach dem Eintritt in den Postdienst als Posteleve (1894) bestand er 1897 die erste Fachprüfung mit „Vorzüglich“. Von 1897 bis 1900 war er als Postpraktikant im OPD-Bezirk Danzig tätig. 1901 legte er die höhere Verwaltungsprüfung nach Besuch der Post- und Telegraphenschule in Berlin ab, anschließend besuchte er 1901/1902 das Orientalische Seminar in Berlin zum Erlernen der russischen Sprache (gute Abschlußprüfung). Von 1904 bis 1915 war er als Oberpostpraktikant im OPD-Bezirk Königsberg (Pr.), dann als Postinspektor, zuletzt Vize-Postdirektor in Berlin tätig. Im Jahre 1908 promovierte er als Dr. phil. der Staatswissenschaften, Volkswirtschaft und Erdkunde (*summa cum laude*) nach mehrjährigem, neben dem Postdienst betriebenen Studium an den Universitäten Berlin und Königsberg (Pr.) auf

Grund einer erstmaligen wissenschaftlichen Bearbeitung des „Deutschen Privatpostwesens“. Nach jahrelanger Tätigkeit im Bezirksaufsichtsdienst im OPD-Bezirk Berlin wurde er 1918 Oberpostinspektor, dann von 1920 bis 1923 Postrat im Reichspostministerium Berlin.

Der Aufbau des Unterrichtswesens bei der Deutschen Reichspost war ihm anvertraut. In dieser Tätigkeit war er von 1921 bis 1933 Mitherausgeber des Unterrichtswerks der Deutschen Reichspost „Der Postleitfaden“, von 1921 bis 1924 Dozent an der Verwaltungsakademie Berlin. Zusätzlich war er von 1923 bis 1930 nebenamtliches Senatsmitglied im Reichsversorgungsgericht. 1930 wurde er zum Oberpostrat befördert, nach der Machtergreifung durch Hitler mußte Dr. Tapfer 1933 seine mehr als zehnjährige erfolgreiche Tätigkeit in der Personalabteilung der Reichspostdirektion Berlin aufgeben, „weil er sich nicht schnell genug umstellen konnte“. Er wurde 1934 Gruppensprecher bei der Reichspostdirektion Berlin, 1938 Oberpostdirektor und stellv. Leiter der Bahnpostgruppenleitung Mitte. In diese Zeit fällt die erfolgreiche Durchführung eines Strafverfahrens wegen Verletzung des Postgeheimnisses (1940) trotz Widerstandes des Propagandaministeriums.

1945 trat er nach 51 Dienstjahren in den Ruhestand.

Wirken für die Beamtenschaft von 1911 bis 1933

Seit 1911 war Dr. Tapfer in der Beamtenbewegung führend tätig. Ihm gelang der nahezu restlose Zusammenschluß der höheren Postbeamten zu einer Vereinigung, deren 1. Vorsitzender er ab 1918 wurde. Als solcher beteiligte er sich entscheidend an der

Gründung des späteren „Reichsbundes der höheren Beamten“ (100 000 Mitglieder) und des ersten „Deutschen Beamtenbundes“ (4. 12. 1918). Beiden Verbänden gehörte Dr. Tapfer viele Jahre als 2. Vorsitzender an.

Dr. Tapfer wußte, daß die „Medaille der Beamtenpolitik“ zwei voneinander abhängige Seiten hat: Adler und Münze. Nur wenn den Forderungen des „Adlers“ durch volle Pflichterfüllung genügt wird, können die Erfordernisse der „Münze“ durchgesetzt werden. Er lebte seinen Kollegen die Pflichterfüllung vor. Im Jahre 1919 wurde der von Dr. Tapfer ausgearbeitete Initiativ-Gesetz-Entwurf, die sog. „kleine Besoldungsreform“, von der Nationalversammlung in Weimar angenommen. Hiermit wurden mehrere Besoldungsgruppen zusammengefaßt und Mißstände gemildert, die durch das Stocken der Beförderungen eingetreten waren. Als Vertreter des Deutschen Beamtenbundes wirkte Dr. Tapfer mit bei der Verankerung der Beamten-Grundrechte in der Weimarer Verfassung (1919) und bei der Neugestaltung der Beamtenbesoldung (1920).

Im Jahre 1920 wurde Dr. Tapfer zum Vorsitzenden des „Beamtenbeirats beim Reichpostministerium“ gewählt. In dieser Eigenschaft forderte er während des Kapp-Putsches im März 1920 den von Kapp eingesetzten Reichspostminister Sönksen zum Rücktritt auf, während die Kapp-Truppen vor dem Reichspostministerium patrouillierten.

Seit 1920 war Dr. Tapfer Vertreter des Reichsbundes der höheren Beamten bei Regierungsbesprechungen zur Neuregelung der Beamtenbesoldung im Reiche und in Preußen. Hiermit war er Sprecher der Beamenschaft des höheren Dienstes vor den Ausschüssen des Reichstages und Preußischen Landtages. Seine Anregung, die gesamten Lebenseinkommen der Beamten als Vergleichsmaßstab bei der Besoldungsbemessung zugrunde zu legen, fand Anerkennung und führte zu der überraschenden Erkenntnis, daß damals die Lebenseinkommen der höheren Beamten hinter den Lebenseinkommen aller anderen Beamtengruppen erheblich zurückblieben.

Viele Jahre war Dr. Tapfer Schriftleiter der „Zeitschrift des Reichsbundes der höheren Beamten“ und der Abteilung „Rechtsprechung“ in den „Blättern für Post und Telegraphie“.

Während des Dritten Reiches bestand für Dr. Tapfer keine Möglichkeit des Wirkens im öffentlichen Leben für die Beamenschaft.

Wirken für die Beamenschaft nach dem Zusammenbruch 1945

Nach dem Zusammenbruch 1945 gehörte Dr. Tapfer in Berlin zu den „Männern der 1. Stunde der Beamtenpolitik“. Unter unsagbar schwierigen Umständen trat er für die Wiederherstellung des von Wilhelm Pieck abgeschafften Berufsbeamtentums ein. Hierfür hat er mit Idealismus, Mut, Energie und Klugheit aus schier hoffnungsloser Ausgangslage gegen schwerste Widerstände in vielen Vorträgen und Aufsätzen bis zum endlichen Erfolge nach 7 Jahren gekämpft. Etwa 50 Aufsätze hat er mit wegweisenden Gedanken in der berufspolitischen Presse bis wenige Monate vor seinem Tode veröffentlicht und hierdurch die Entwicklung des Beamtenrechts in der Bundesrepublik und Berlin im Sinne des hergebrachten Berufsbeamtentums beeinflusst.



In Buchform erschienen aus seiner Feder: „Geschichte der Entstehung der Vereinigung der höheren Post- und Telegraphenbeamten“, „Das Privatpostwesen 1885–1900“. Sein umfassendes Wirken für das Berufsbeamtentum vollzog sich bis zur Begründung der „Vereinigung der höheren Postbeamten“ vor allem im Rahmen des „Landesbundes Berlin des Deutschen Beamtenbundes“ und des „Deutschen Postverbandes“. Beide Organisationen verliehen ihm in Anerkennung seiner großen Verdienste die Ehrenmitgliedschaft.

Da Dr. Tapfer nach seiner Promotion weiter wissenschaftlich gearbeitet hatte, erneuerte die „Philosophische Fakultät der Universität Göttingen“ (in Vertretung der Universität Königsberg) im Jahre 1958 – am 50. Jahrestag – sein 1908 erworbenes Dokortodiplom.

Der Herr Bundespräsident verlieh Dr. Tapfer 1964 das Verdienstkreuz I. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Das Persönlichkeitsbild

Als der Abiturient Friedrich Wilhelm Tapfer im Februar 1894 als Posteleve in die 1871 begründete Laufbahn des höheren Postdienstes eintrat, war Heinrich von Stephan Staatssekretär des Reichspostamts (bis 1897) und Otto von Bismarck lebte noch (bis 1898). Damals hatten die Postbehörden in Berlin – von Heinrich von Stephan geprägt – wohl rein preußischen Charakter. Friedrich Wilhelm Tapfer wurde als junger Beamter preußisch erzogen, d. h. zum Fleiß, zur Gründlichkeit, Ordnung, Sparsamkeit, aber auch zur Gerechtigkeit und zum freimütigen Eintreten für das als richtig Erkannte. Dr. Tapfer war ein Postbeamter preußischer

Diese Nachricht, lieber Herr Langemann!

Sein wieder wohl erhalten verbleibe, wo mich ein inforonierendes
Mangel von Leistungen über den Zustand. Meine Liebe in die Welt
und Geduld der in der in der in der in der in der in der in der in der
beißt. Die Kunde der in der in der in der in der in der in der in der in der
Lute bei der in der in der in der in der in der in der in der in der
Lute ein in der in der in der in der in der in der in der in der in der
was wieder ein in der in der in der in der in der in der in der in der
von allen in der in der in der in der in der in der in der in der in der
alber in der in der in der in der in der in der in der in der in der
in, in der in der in der in der in der in der in der in der in der

Prägung während seines ganzen Lebens. Diese preu-
bischen Eigenschaften, die soziales Fühlen und Han-
deln einschließen, wirkten sich so fruchtbar in seinem
Schaffen als Beamter und Staatsbürger aus, weil er
über hervorragende geistige Anlagen verfügte und
von festem, aufrechten Charakter war. Dabei war er
in kollegialer Runde – meistens nach getaner Arbeit –
ein hochgebildeter, lebenserfahrener, belesener, viel-
gereister und unterhaltsamer Gesprächspartner. Er
führte einen fast ausschließlich handgeschriebenen
umfangreichen Schriftwechsel, aus dem wir oben eine
Schriftprobe des fast 90jährigen bringen.

Das Persönlichkeitsbild von Dr. Tapfer wäre unvoll-
ständig, wenn nicht erwähnt würde, daß er bis zum

Tode seiner Gattin mehr als 50 Jahre in einer geord-
neten, glücklichen Ehe gelebt hat, der drei tüchtige
Töchter geschenkt worden sind. Die Töchter sind bzw.
waren mit hochachtbaren Männern verheiratet. Leider
ist der Gatte der Tochter Hildegard, unser Kollege
Oberpostdirektor a. D. Diplomingenieur Rahlwes,
schon verstorben. Der Familie Dr. Tapfer sind auch
5 Enkel und 3 Urenkel zugewachsen. „Der Eltern
Segen bauet den Kindern Häuser“, steht in der Bibel.
Die Beamtenschaft, insbesondere die Postbeamten
des höheren Dienstes, sind dem nun verewigten
Kollegen Dr. Tapfer zu bleibendem Dank verpflichtet.
Friedrich Wilhelm Tapfer hat sich um sein Vaterland,
die Postverwaltung und das Berufsbeamtentum ver-
dient gemacht.

Niederschrift über den Vertretertag 1967 der Vereinigung der höheren Postbeamten vom 26. bis 28. April 1967 in Hamburg

PRn Spelberg

1. Nach Eröffnung des Vertretertages durch Pr Dr.
Wiesemeyer begrüßt der Pr der Oberpostdirektion
Hamburg, Dr. Kießler, die Tagungsteilnehmer. In
seiner Ansprache weist er darauf hin, daß die Ver-
einigung alle Fachrichtungen umfasse und ein Beispiel
für eine gute Zusammenarbeit biete. Der höhere Post-
beamte leiste Dienst an der Gemeinschaft und könne
zu Recht stolz auf seinen Beruf sein. Er wünsche der
Tagung, die an historischer Stätte stattfinde – bereits

Bismarck sei im Gebäude der Oberpostdirektion zu
Gast gewesen – einen guten Verlauf.

Pr Dr. Wiesemeyer dankt für die freundliche Begrü-
ßung und gastliche Aufnahme. Er gedenkt mit ehren-
den Worten des verstorbenen Ehrenmitglieds OPDir
a. D. Dr. Tapfer.

Pr Dr. Wiesemeyer berichtet über die Arbeit des Vor-
standes seit dem letzten Vertretertag im Oktober 1966
in Saarbrücken: Die Pflege internationaler Beziehun-

gen sei von immer größerer Bedeutung. Die beabsichtigte vergleichende Untersuchung der Dienst- und Besoldungsverhältnisse in den angeschlossenen Ländern werde interessante Aufschlüsse für die eigene Arbeit erbringen. Die Tätigkeit der FITCE sei erfolgreich fortgeführt worden. In beiden internationalen Vereinigungen hätten die deutschen Vertreter geachtete Stellungen.

Berufspolitisch habe sich nichts wesentlich Neues ergeben, doch seien Anzeichen eines wachsenden Verständnisses für die Belange des höheren Dienstes vorhanden. Es bestünde dauernde gute Verbindung zum BPM und Fühlungnahme mit federführenden Ministerien sowie den Abgeordneten. Dafür sei die „Denkschrift zur berufspolitischen Lage des höheren Dienstes bei der DBP“ nützlich. MinDirig Köhler und OPDir Daust hätten die Verhandlungen mit den übrigen Stellen, u. a. mit der Arbeitsgemeinschaft der Verbände des höheren Dienstes und dem neugegründeten Verband der höheren Beamten der Bundesministerien (ohne Post und Bahn) fortgesetzt. Bei den leitenden Herren des Bundesinnenministeriums habe sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß entgegen überkommenen Vorstellungen ein Zusammenschluß erforderlich sei.

St Dr. Steinmetz, MinDir Schneider, dessen krankheitsbedingtes Fernbleiben bedauert werde, und MinR Geerling sei für ihre Aufgeschlossenheit zu danken.

In einem Gespräch des engeren Hauptvorstandes mit der Postgilde über die Denkschrift zur Ausbildung des gehobenen Dienstes sei der Standpunkt der Vereinigung dargelegt worden. Auf Anfrage OPR Dr. Wedel (Köln) nach Einzelheiten führt Pr Dr. Wiesemeyer dazu weiter aus: Der Hauptvorstand habe darauf hingewiesen, daß die in der Denkschrift vorgeschlagene quasi akademische Ausbildung – ähnliche Tendenzen zeigten sich auch im VdPI – die Grenzen zwischen akademischem Studium und der anderen Vorbildung für den gehobenen Dienst verwische. Das akademische Studium sei anders zu beurteilen als der Besuch einer Fachschule, da selbständiges wissenschaftliches Denken auf der Fachschule nicht vermittelt werde. Die Vorschläge der Postgilde seien daher mit unseren Vorstellungen nicht vereinbar.

Die wissenschaftlichen Aufgaben der Vereinigung würden z. B. durch Aufsätze im Nachrichtenblatt, für dessen beachtlichen Aufschwung VPr a. D. Dipl.-Ing. Harder gedankt werde, in zunehmendem Maße erkennbar.

Die Pflege kollegialer Beziehungen obliege den Bezirksvereinen. Als besonders rührig sei dabei der Bezirksverein Hamburg mit den von OPDir Dr. Keßler organisierten Reisen zu erwähnen.

Bericht des Kassenwarts

APr a. D. Dipl.-Ing. Peek gibt eine Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben vom 26. 8. 1966 bis zum 19. 4. 1967. Der Kassenbestand der Vereinigung habe am

26. 8. 1966	27 684,49 DM aufgewiesen.
Bis zum 19. 4. 1967 seien an	
Einnahmen	30 271,55 DM und an
Ausgaben	30 813,47 DM
zu verzeichnen gewesen, so daß sich ein derzeitiger Bestand von	
	27 142,57 DM erbege.



Wenn Sie jetzt bausparen
erleben Sie wie Ihre Kinder im
eigenen Garten spielen
(Außerdem wohnen Sie dann
später mietfrei!)

Wenn Sie ein Familienheim erwerben, machen Sie Ihren Kindern ein unersetzliches Geschenk für Gegenwart und Zukunft: Eine glückliche Jugend im Elternhaus! Für Sie selbst ist ein Eigenheim nicht nur ein Mittel, gesünder und besser zu leben, sondern auch eine krisenfeste Alterssicherung und wirtschaftliche Hilfsquelle. Es lohnt sich immer, für ein Eigenheim zu sparen, selbst wenn man dafür auf Dinge, die weniger wichtig sind, verzichtet.

Leichter mit dem Beamtenheimstättenwerk



Bausparkasse für
Angehörige des
öffentlichen
Dienstes
325 Hameln
(Weser)
Kastanienwall



Wie das BHW Ihnen als Angehörigen des öffentlichen Dienstes die Finanzierung erleichtert, sagt Ihnen unsere Schrift „Heimstätten für Angehörige des öffentlichen Dienstes“, die wir Ihnen auf Wunsch kostenlos zusenden.

Die Ausgaben seien folgendermaßen aufgegliedert:

Vertretertag	14 862,61 DM
Nachrichtenblatt	7 200,00 DM
FITCE	7 301,88 DM
Geschäftsführung	500,00 DM
Vorstandssitzungen	542,18 DM
Sonstiges, Beiträge	424,80 DM
	<u>30 813,47 DM</u>

Die jährlichen Ausgaben würden auf 44 300,00 DM geschätzt, denen Einnahmen in gleicher Höhe gegenüberstünden.

Der Anregung von OPR Richtmann (Regensburg), den Kassenbericht schriftlich den Tagungsteilnehmern zur Verfügung zu stellen, soll künftig entsprochen werden.

2. Bericht der Kassenprüfer

OPDir Gaede berichtet, seine Kassenprüfung habe die ordnungsgemäße Führung der Kasse und eine gefestigte Finanzlage ergeben. Einige Bezirksvereine seien jedoch mit ihren Beitragszahlungen rückständig. Der Vorschlag von OPDir Dr. Fischer (München), säumigen Bezirksvereinen das Stimmrecht zu entziehen, findet keine Zustimmung.

3. Entlastung des Vorstandes einschl. des Kassenswarts, VPr a. D. von Ehren übernimmt den Vorsitz. Nachdem er dem gesamten Vorstand für seine Arbeit den Dank der Versammlung ausgesprochen hat, wird dem Vorstand einschl. des Kassenswarts einstimmig Entlastung erteilt.

4. Wahl des Vorstandes und der Ersatzmänner

Pr Dr. Wiesemeyer wird erneut zum Vorsitzenden vorgeschlagen. Er regt an, zum Vorsitzenden nicht wieder einen Juristen zu wählen. Auch bedeute das Amt für ihn eine außerordentliche Belastung. Da jedoch von den Bezirksvereinen kein Nachfolger namhaft gemacht worden sei, wolle er den Vorsitz nochmals übernehmen und danke für das Vertrauen.

Pr Dr. Wiesemeyer wird durch Akklamation wiedergewählt und übernimmt den Vorsitz des Vertretertages.

Der bisherige stellvertretende Vorsitzende APr Dipl.-Ing. Reinecke bittet wegen der schweren Erkrankung seiner Ehefrau, und weil er demnächst in den Ruhestand trete, von seiner Wiederwahl abzusehen. Pr Dr. Wiesemeyer und der Vertretertag danken ihm für die langjährige Mitarbeit.

Als Nachfolger wird vorgeschlagen und durch Akklamation bestätigt VPr Dipl.-Ing. Nebel (Hannover):

Die weiteren Wahlen führen zur Bestätigung der bisherigen Vorstandsmitglieder einschließlich der Ersatzmänner:

Geschäftsführer:	OPR Dipl.-Kfm. Beck
Kassenswart:	APr a. D. Dipl.-Ing. Peek
Beisitzer:	APr Dipl.-Ing. Orth Ang Dr.-Ing. Schnitger OPRn Leithäuser Pr a. D. Dr. Fenge OPDir Dr. Besold
Ersatzmänner:	OPDir Dr. Lindner OPDir Dipl.-Ing. Pfaffe OPDir Dipl.-Ing. Frahm OPBR Dipl.-Ing. Sauter OPR Dipl.-Ing. Böhre
Verbindungsmann zu anderen Verbänden des höheren Dienstes:	MinDirig Köhler
Verbindungsmann zur FITCE:	OPDir Dipl.-Ing. Böwering
Ersatzmann:	OPDir Dipl.-Ing. Schütt
Verbindungsmann zur FEFAS:	MinR Dr. Fickel
Ersatzmann:	OPDir Schilly

Den Vorschlag von OPDir Dipl.-Ing. Schütt (Darmstadt), die Vertreter der FITCE, FEFAS und der Arbeitsgemeinschaft der Verbände des höheren Dienstes in den Hauptvorstand aufzunehmen, stellt die Versammlung mit Rücksicht auf die notwendige Satzungsänderung zum nächsten Vertretertag zurück. Zugleich soll auf Anregung von OPDir Dr. Lindner (Hannover) die satzungsmäßige Stellung der Ersatzmänner überprüft werden.

5. Die Kassensprüfer: OPDir Gaede
OPR Bauer
werden in ihren Ämtern bestätigt.

6. a) MinDirig Köhler berichtet über die Zusammenarbeit mit den anderen Verbänden des höheren Dienstes. Dabei geht er besonders ein auf das im Auftrag des Sechserausschusses (der Verbände des höheren Dienstes) erstellte Gutachten von Professor Müller, Freiburg, über die Besoldungsverhältnisse des höheren Dienstes. Das Gutachten wird den Bezirksvereinen übersandt. Den Verbänden soll es mit dem Vorschlag einer gemeinsamen Beratung über das Gutachten zugestellt werden. MinDirig Köhler fordert eindringlich dazu auf, sich intensiver und aktiver mit der Interessenvertretung zu beschäftigen. Die Entwicklung müsse genau beobachtet und alle Stellen darauf hingewiesen werden, daß die Fürsorge- und Alimentationspflicht des Staates auch gegenüber dem höheren Dienst bestehe. Das Gutachten als unabhängiger Forschungsauftrag zeige u. a. die Tatsachen auf, die zu einer fortschreitenden Nivellierung und Verschiebung der Relationen innerhalb der Laufbahnen zu Ungunsten des höheren Dienstes geführt habe. Nach einer lebhaften Diskussion, an der sich OPR Leithäuser (Berlin), MinR Dr. Kohl, OPR Zimmermann (Darmstadt), OPDir Dr. Lindner (Hannover), PR Frank (Düsseldorf) und OPR Ruby (Freiburg) beteiligen, wird beschlossen, sowohl das gesamte Gutachten wie eine von Prof. Müller autorisierte Kurzfassung weitestgehend bekanntzumachen. In einem Anschreiben soll dabei deutlich auf die Folgerungen hingewiesen werden.

MinDirig Köhler weist darauf hin, daß Bundesinnenminister Lücke gegenüber den parlamentarischen Gremien einen schweren Stand habe. Diese würden von Kräften beeinflußt, die unsere Interessen nicht vertreten. Die Denkschrift zur berufspolitischen Lage des höheren Dienstes bei der DBP habe bisher keinen entscheidenden Erfolg gehabt.

6. b) OPDir Dr. Besold hält ein Referat über die gegenwärtige Besoldungssituation, das an anderer Stelle veröffentlicht wird.

6. c) MinDirig Lange überbringt Grüße von St Dr. Steinmetz und MinDir Schneider und gibt Erläuterungen zum Inhalt des 2. VorschaltG, soweit es den höheren Dienst betrifft. In diesem Gesetz, das zum 1. Juli 1967 in Kraft treten soll, sei vorgesehen, einige Pr- und VPr-Dp höher zu bewerten, sowie eine Verbesserung des Schlüssels A 15/16 auf über 20 % der Planstellen A 13 bis A 16 zu erreichen. Die Beförderung von A 13 nach A 14 soll auf die 7. Dienstaltersstufe vorverlegt werden. Wenn alles planmäßig verlaufe, könne der Nachtrag zum Haushalt 1967 mit den neuen Beförderungsmöglichkeiten bald bearbeitet und auch der Stellenplan des Haushalts 1968 entsprechend ergänzt werden.

7. a) OPDir Dipl.-Ing. Böwering (Dortmund) berichtet über die Arbeit der 5 Kommissionen der FITCE seit dem letzten Vertretertag in Saarbrücken im Oktober 1966. Die Mitglieder einer neu gegründeten 6. Kommission über das Transportwesen seien noch nicht festgelegt.

7. b) OPDir Schilly (Saarbrücken) berichtet über die Tätigkeit der FEFAS seit dem Gründungskongreß im Oktober 1966. Über vereinsrechtliche Fragen habe eine Tagung in Paris stattgefunden. Die Statuten der Vereinigung, die ihren Sitz in Frankreich habe, seien inzwischen allen Postverwaltungen übersandt worden.

Die FEFAS beabsichtigt eine Zeitschrift herauszugeben und den Austausch von Verzeichnissen und Veröffentlichungen der Mitglieder vorzunehmen. Der Arbeitsplan 1967 sehe häufige Kontakte vor, um eine harmonische Entwicklung zu gewährleisten.

Nachdem OPDir Dr. Lindner (Hannover) die Allergie gegenüber Mitgliedschaften kritisiert hatte, die sich zuweilen in den Bezirksvereinen finde, wird auf Anregung von Pr Dr. Wiesemeyer durch Akklamation beschlossen, die beiden Berichte in redaktionell überarbeiteter Form im Nachrichtenblatt zu veröffentlichen.

8. Wegen der Kürze der noch zur Verfügung stehenden Zeit werden einzelne Anträge der Bezirksvereine zusammengefaßt behandelt.

Zu den Anträgen der Bezirksvereine Berlin, Düsseldorf, Freiburg und Darmstadt über die Beförderungssituation der Beamten der BesGr A 13 nach A 14 erklärt Pr Dr. Wiesemeyer, daß diese z. T. durch den Kurzvortrag von MinR Dr. Geerling über die Beförderungssituation 1967 im höheren Postdienst sowie durch die Ausführungen von MinDirig Lange beantwortet seien. (Der Kurzvortrag von MinR Dr. Geerling, gehalten auf der Konferenz der Personalabteilungsleiter am 15. Februar 1967 in Langenberg, ist den Bezirksvereinen zugegangen.) MinR Dr. Geerling erklärte außerdem, die Beförderung nach A 14 schließe sich an die Richterbesoldung an und sei im Entwurf des 2. VorschaltG für den Beginn der 7. Dienstaltersstufe vorgesehen. Dadurch ergebe sich eine Beförderung zum OPR mit durchschnittlich 36 Jahren und eine Wartezeit von etwa 5 Jahren nach Ernennung zum PR.

Der Antrag des Bezirksvereins Hannover zur Frage der Vorrangbeförderung nach A 14 und der Beförderung von Aufstiegsbeamten wird von MinR Dr. Geerling dahingehend beantwortet, daß grundsätzlich an einer Vorrangbeförderung, deren Umfang jedoch keiner starren Regelung unterliege, festgehalten werde. Eine Beförderung der Aufstiegsbeamten nach A 14 vor den Laufbahnbeamten sei nicht beabsichtigt.

Zu den Anträgen der Bezirksvereine Freiburg und Münster wegen einer Erhöhung des Stellenschlüssels A 15/A 16 auf mehr als 20 % und der Verteilung dieser Planstellen äußert MinR Dr. Geerling, daß über den auf die OPDn entfallenden Anteil noch nichts gesagt werden könne. Es würden mehr Planstellen kommen als bisher Dp vorhanden seien. Diese müßten neu geschaffen werden, möglicherweise im Zusammenhang mit der Einrichtung einer 5. Abteilung bei großen Oberpostdirektionen. Pr Dr. Wiesemeyer bekundet die Absicht des Hauptvorstandes, mit dem BPM darüber zu sprechen, wo diese Dp eingerichtet werden sollten.

Auf Anfrage von OPR Stamm (Münster) erklärt MinR Dr. Geerling, das BPM wolle keinen bestimmten Prozentsatz für Aufstiegsbeamte vorsehen. MinDirig Köhler hält es für möglich, daß sich das Interesse am Aufstieg verringern werde, weil 25 % der A 12-Stellen verzahnt würden.

Bei den Anträgen des Bezirksvereins Münster (Verzahnung von A 16 zur Besoldungsordnung B) und des Bezirksvereins Darmstadt (Verbesserung der Stellenpläne bei der Außenverwaltung der DBP im Sinne des

Vorschlags des Postverwaltungsrates) verweist Pr Dr. Wiesemeyer auf die früheren Ausführungen zur geplanten Verbesserung des Stellenschlüssels A 15/A 16.

Den Antrag des Bezirksvereins Münster, die Auswirkungen des analytischen Bewertungssystems durch eine Arbeitsgruppe untersuchen zu lassen, beantwortet Pr Dr. Wiesemeyer dahingehend, daß ein Bericht hierzu gefertigt und an das BPM (OPDir Dr. Kaiser) geleitet worden sei. Der Hauptvorstand halte mit der Bewertungskommission Verbindung und werde berichten.

Auf Antrag des Bezirksvereins Berlin wird der Hauptvorstand den Wunsch an das BPM herantragen, die den Kollegen des höheren Dienstes der DBP für ihre Lehrtätigkeit an der Ingenieurschule der DBP Berlin gezahlte Vergütung zu erhöhen.

Der Hauptvorstand bittet den Bezirksverein Bremen, seinen Antrag, der auf eine verstärkte Besetzung der Präsidenten- und Vizepräsidentenstellen mit Diplomingenieuren abzielt, in einem Schreiben näher zu substantiieren. Dieser Bericht werde an den Minister weitergeleitet.

Zum Antrag des Bezirksvereins Dortmund, die Satzung der Vereinigung nach Neudruck den Bezirksvereinen zur Verfügung zu stellen, äußert der Hauptvorstand die von der Versammlung gebilligte Absicht, für Interessenten ein orientierendes Faltblatt herzustellen, das die wichtigsten Bestimmungen der Satzung enthält und über die Arbeit der Vereinigung berichtet.

Auf Antrag des Bezirksvereins Düsseldorf wird der Hauptvorstand beauftragt, in Verhandlungen mit dem BPM darauf hinzuwirken, daß Fortbildungslehrgänge über Probleme der Menschenführung sowie der Betriebs- und Arbeitsorganisation für höhere Beamte – insbesondere für Amtsvorsteher und Abteilungsleiter bei den Ämtern – eingerichtet werden.

Der Hauptvorstand will sich darum bemühen, beim BPM Fragen zu klären, die sich mit dem Sonderauftrag für den Aufstieg in den höheren Dienst befassen (kein 3. Sonderauftrag, Versicherung des Fehlens fremder Hilfe, keine vorzeitige Bekanntgabe der Prüfungsarbeit).

Auf den Antrag des Bezirksvereins Darmstadt, gemäß § 12 der Satzung der Vereinigung als ständigen Arbeitsausschuß einen „Laufbahnausschuß“ zu berufen, erklärt Pr Dr. Wiesemeyer, daß diese Frage den Hauptvorstand eingehend beschäftigt habe. Als Ergebnis schlage er vor, eine Arbeitsgruppe zur Unterstützung der Tätigkeit von MinDirig Köhler zu bilden. Dieses Gremium solle im Raum Bonn – Köln seinen Standort haben und sich aus den Herren APr Daust, APr Dipl.-Ing. Orth, OPR Dipl.-Ing. Elias und OPDir Dr. Besold zusammensetzen. Nach einer Diskussion, an der sich OPR Zimmermann (Darmstadt), OPRn Leithäuser (Berlin) und OPDir Dr. Lindner (Hannover) beteiligen, wird der Vorschlag des Hauptvorstandes angenommen.

Der nächste Vertretertag soll im Frühjahr 1968 – eventuell in der Zeit um Himmelfahrt – in Regensburg stattfinden. Wegen der Dauer (2 oder 3 Tage) wird noch Rundfrage gehalten werden.

Mit einem Dank an die Teilnehmer schließt Pr Dr. Wiesemeyer den Vertretertag.

Reden aus Anlaß des Vertretertages 1967 in Hamburg

Dr. Wiesemeyer

führte in seiner Begrüßungsansprache aus:

Herr Bundesminister, Herr Senator, meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen, liebe Kollegen!

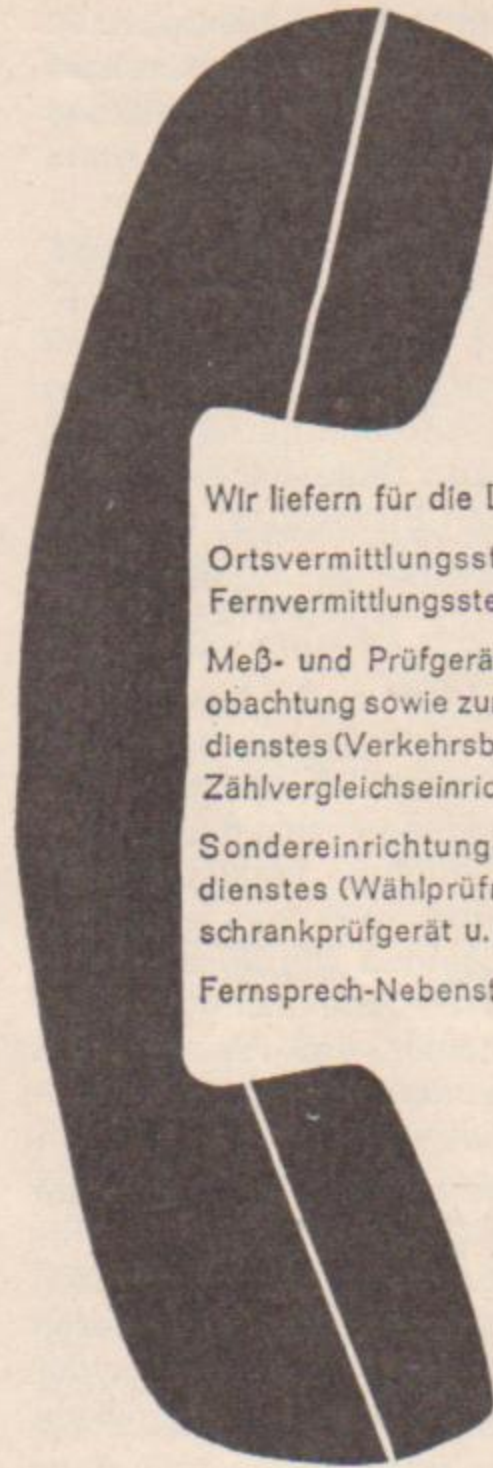
Die Vereinigung der höheren Postbeamten hat die Gepflogenheit, sich in Verbindung mit ihrem jährlichen Vertretertag mit einer besonderen Veranstaltung an die Öffentlichkeit zu wenden, in der abseits von eigentlichen Fachfragen ein Thema behandelt wird, das auch weitere Kreise interessiert. Ich möchte dem Senat der Freien und Hansestadt Hamburg gleich eingangs herzlich dafür danken, daß er es uns ermöglicht hat, unsere diesjährige Veranstaltung in diesem Saale, also in einem besonders festlichen Rahmen durchzuführen. Dieses Entgegenkommen dürfen wir wohl nicht zuletzt der Tatsache zuschreiben, daß der Herr Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen den heutigen Festvortrag übernommen hat. Ich sage Ihnen, Herr Bundesminister, dafür besonderen Dank und begrüße Sie in unserer Mitte herzlich. Es ist mir weiter eine Ehre, Herrn Senator Schulz als Vertreter des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg zu begrüßen. Wir freuen uns, daß der Verwaltungsrat der Deutschen Bundespost in unserem Kreise vertreten ist und zwar durch dessen stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Stenger, den ich auch in seiner Eigenschaft als 1. Vorsitzenden der Deutschen Postgewerkschaft herzlich begrüße. Ich habe weiter die Ehre, Monsieur Debrenne zu begrüßen, den Präsidenten der Vereinigung der europäischen Vereinigung der Postverwaltungsbeamten. Daß eine Reihe von Behördenchefs der hier in Hamburg ansässigen Behörden und eine Reihe von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens der Freien und Hansestadt Hamburg hier zu uns gekommen sind, wissen wir besonders zu schätzen. Ich begrüße weiter die Vertreter der befreundeten Verbände, die ihren Weg zu uns gefunden haben. Ich begrüße eine Reihe von Präsidenten von Oberpostdirektionen, die Vertreter von Presse und Rundfunk und nicht zuletzt die Damen und Herren, die Mitglieder unserer Vereinigung mit ihren Ehefrauen, hier im Saale. Indem ich Ihnen, sehr verehrter Herr Senator Schulz, nochmals herzlich danke, bitte ich, nun zu uns zu sprechen.

Senator Schulz als Vertreter der Freien und Hansestadt Hamburg:

Sehr geehrter Herr Minister, meine Damen und Herren! Es ist mir ein Vergnügen Sie im Rathaus zu begrüßen und bei dieser Gelegenheit das Wort an Sie richten zu dürfen. Denn ich spreche hier nicht nur als Vertreter des Senats in meiner Eigenschaft als Vertreter einer Regierung eines Stadtstaates, für dessen Funktionieren in allen Bereichen rein technisch wie organisatorisch erstklassiger Postdienst unerläßlich ist. Ich wende mich an Sie auch als Politiker mit der besonderen Blickrichtung auf den öffentlichen Dienst und sein Funktionieren aber auch seine Stellung innerhalb des Gefüges der öffentlichen Haushalte.

Und ich spreche schließlich und nicht zuletzt als Konsument, nämlich für eine Verwaltung, die in außerordentlich hohem Maße auf die Dienste der Post angewiesen ist und dafür im übrigen auch ihren nicht unbeträchtlichen Obulus zu entrichten hat. Die Ausgaben der gesamten hamburgischen Verwaltung für Post- und Fernmeldegebühren betragen im Jahre 1966 12 Mio DM. Das ist eine Größenordnung an die ich auch denken muß, wenn ich über die Post und vor höheren Postbeamten spreche. Vor allem ist mir aber bewußt, daß unsere moderne Welt ohne die Kommunikationsmittel und ohne die Dienste eines organisatorisch, technisch hoch entwickelten Postbetriebes nicht denkbar ist. Ich glaube, daß wenige Phänomene des technischen Zeitalters größere Bedeutung für unsere Gesellschaft und tiefere Wirkung auf unser aller Dasein haben als die Entwicklung der Nachrichtennetze und damit der Kommunikation von einem zum anderen, von einer Stadt zur anderen, von einem Land, von einem Kontinent zum anderen. Nachrichtennetze sind Träger von Ideen. Von friedlichen, von aggressiven. Von menschenheitsfördernden und menschenzerstörenden Ideen. Vor einem Jahrhundert begannen Eisenbahn, Dampfschiff und Telegraf die Entfernungen schrumpfen zu lassen. Heute senden die Techniker der Bundespost unsere Gespräche über Weltraumsatelliten in Bruchteilen von Sekunden zum Partner irgendwo auf der Erde. Das Telefon, das ja gelegentlich eine Plage sein kann, weil es einbricht und bei allem den Vorrang genießt – das Telefon verbindet uns unmittelbar miteinander zu jeder Zeit und der Fernsehschirm bringt die Ereignisse der Welt bis hin in das letzte Dorf und wirkt damit auch auf die Anschauungen und Vorstellungen in unserem Land. Nun ist mir natürlich klar, daß die Post und damit Sie, die höheren Postbeamten, für den Inhalt von Ferngesprächen und was vielleicht wichtiger ist, für den Inhalt von Fernsehsendungen nicht verantwortlich sind. Ihre Verantwortung liegt auf technischem Gebiet und das ist nun allerdings auch ein Gebiet von großer politischer Bedeutung und Wirkung. Ich denke hier an die Tatsache, daß lange vor Völkerbund und Vereinten Nationen ein Band um die Staaten auf allen Kontinenten durch den Weltpostverein geschlungen wurde. Ich denke an die politischen Probleme, an die menschliche Tragik, die dadurch entstand, daß zwischen den beiden Teilen Deutschlands, vor allem aber zwischen den beiden Teilen unserer Hauptstadt die Drähte zerschnitten wurden, die wenigstens die Stimmen von Eltern und Kindern, von Schwester und Bruder über eine so unnatürliche Grenze tragen konnten. An diesem Beispiel für seine traurige Realität unserer politischen Gegenwart sehen wir deutlich, wenn auch negativ, die große Bedeutung der Post und ihrer Dienstleistungen. Hier wird mit Nachrichtennetzen wie schon so oft Politik gemacht, und die Post ist ein Opfer der Politik. Der Förderung der Gemeinden ist die Post in ganz aktiver Weise durch jene vielfältigen Dienste, die von den Bürgern täglich in Anspruch

genommen werden, verbunden. Gerade eine Hafen- und Handelsstadt wie Hamburg, mit weitweiten Verbindungen und dazu den vielfältigen Anforderungen eines international verflochtenen Industrieplatzes, kann ohne hervorragende Nachrichtenverbindungen nicht prosperieren. Die Zeiten, in denen ein Rothschild mit Hilfe von Brieftauben einen Börsencoup landen konnte, sind lange vorbei. Die heutige Wirklichkeit drückt sich in nüchternen Zahlen aus. An den Hamburger Postschaltern wurden 1966 täglich im Schnitt 2,05 Mio Briefsendungen angeliefert, davon 165 000 an ausländische Adressaten. Die Briefeingänge von außerhalb haben 1966 pro Tag im Durchschnitt die Zahl von 2,3 Mio erreicht. Kein Wunder, daß Sie Ihre Briefträger und Briefträgerinnen teilweise schon mit Transportkarren ausrüsten müssen. Man hat mir ferner gesagt, daß die Post in Hamburg im vergangenen Jahr fast 42 Millionen Pakete und Päckchen zu versenden hatte und daß das Postscheckamt im gleichen Zeitraum mit seinen 140 Millionen Buchungen die beeindruckende Summe von 70 Milliarden DM bewegt hat. In solchen Zahlen drücken sich gleichermaßen die Wirtschaftskraft des Platzes Hamburg und die Leistungen der DBP aus. In Erkenntnis der Notwendigkeiten der Post und ihrer Kunden hat sich deshalb der Senat seinerzeit entschlossen, das Seinige zum Bau des Fernmeldeturms beizutragen, der schon jetzt eine interessante Bereicherung unserer Stadtsilhouette bildet und dazu beitragen wird, den technischen Betrieb erheblich zu verbessern. Die gleiche Wirkung dürfen wir uns von der Rohrpostanlage erwarten, das ist, wenn ich es einmal so ausdrücken darf, eine Röhre, durch die wir alle gern schauen werden, weil sie die technische Abwicklung des Postbetriebes fördert und damit wohl endgültig das Gerücht auszuräumen imstande ist, daß ein Brief von Hamburg-Wandsbek nach Hamburg-Rissen drei Tage benötige. Sie meine Damen und Herren tragen bei der täglichen Arbeit im Postdienst, wie bei der Verwirklichung von Zukunftsaufgaben eine Verantwortung, die weit über die bloße Abwicklung Ihrer Dienstgeschäfte hinausgeht. Sie stehen in der Verantwortung für Dienstleistungen gegenüber dem Bürger. Sie haben dabei mit den Einnahmen der Post haushälterisch umzugehen und sehen sich genau wie eine staatliche Verwaltung oft im Konflikt zwischen den Wünschen des einzelnen und den Möglichkeiten des Ganzen gegenübergestellt. Dies ist ein Problem. Und unserer Staatsverwaltung und in der Kommune macht es möglicherweise noch ein bißchen mehr Kummer als Ihnen, weil wir nur in sehr begrenztem Umfang eine wirtschaftliche Relation zwischen Dienstleistungen und Einnahmen herstellen können. Sparsamkeit wird überall gefordert, mit Kritik an den öffentlichen Einrichtungen und ihren Trägern, den Beamten und Angestellten dagegen nicht gespart. Das ist ein Problemkreis, mit dem sich Staat und Gesellschaft in Zukunft – so meine ich – noch sehr intensiv, intensiver als bisher, auseinandersetzen müssen. Wir sind hier in Hamburg zu einem Erfahrungsaustausch zusammengekommen, der sich vielleicht auch einmal mit dem zuletzt von mir angerissenen Themenkreis befassen wird. Darüber hinaus aber gilt Ihre Tagung fachlichen Themen, an deren Ergebnis die Öffentlichkeit als Konsument, als Nutzer lebhaft interessiert ist. Da wir, wie schon betont, auch zu den Konsumenten gehören, wünsche ich Ihrer Tagung einen guten Verlauf, möge sie dazu beitragen, das Gespräch zwischen den Menschen zu erleichtern und den Horizont der Menschen zu erweitern.



De Te We

Seit 80 Jahren
Partner der Post

Wir liefern für die Deutsche Bundespost:

Ortsvermittlungsstellen und Vorfeldeinrichtungen,
Fernvermittlungsstellen

Meß- und Prüfgeräte für Verkehrs- und Betriebsbeobachtung sowie zur Gütebeurteilung des Fernsprechdienstes (Verkehrsbeobachtungs-, Probeverbindungs-, Zählvergleichseinrichtung u. a.)

Sondereinrichtungen zur Vereinfachung des Prüfdienstes (Wahlprüfnetz, Störungsmeldegerät, Fernschrankprüfgerät u. a.)

Fernsprech-Nebenstellenanlagen jeder Art und Größe.

DEUTSCHE TELEPHONWERKE UND
KABELINDUSTRIE AG · BERLIN

De Te We

BPMin Dr. Dollinger hielt dann den folgenden Festvortrag:

Herr Senator, Herr Präsident Dr. Wiesemeyer, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin gerne der Einladung gefolgt, bei Ihrer Vertreterversammlung hier in Hamburg zu sprechen.

Die Deutsche Bundespost ist mit 470 000 Beschäftigten und mit einem Umsatz, der zwischen 10 und 11 Milliarden im letzten Jahr betrug, eines der größten deutschen Unternehmen, und ich glaube, wir alle haben in unserem Leben schon einmal gemerkt, was es bedeutet, ohne geordnete postalische Verhältnisse leben zu müssen. Die Deutsche Bundespost ist von den geschichtlichen Ereignissen, die unser Volk und unsern Staat betroffen haben, selbstverständlich nicht unberührt geblieben, denn es gibt keinen Bereich in einem Volk, der sich vom Gesamtgeschehen, von Volk und Staat isolieren könnte.

In den Jahren nach dem Zusammenbruch mußte Gewaltiges geleistet werden, um das zu beseitigen, was durch Krieg und Spaltung zerstört, getrennt und zerrissen worden ist. Und die Aufbauleistungen, die die Deutsche Bundespost – und dahinter stehen ja letzten Endes immer denkende und handelnde Menschen – geleistet hat, muß bei einer solchen Veranstaltung gebührend erwähnt werden.

Wir haben eine steigende Linie der Umsatzentwicklung und des Verkehrsvolumens zu verzeichnen, und auch im Jahre 1966 hatte die Deutsche Bundespost eine Verkehrszuwachsrate von 5,2 %. Es ist dabei interessant, festzustellen und zu wissen, daß wir im Postwesen im Jahre 1966 gegenüber 1965 einen Rückgang um 2,5 % haben, während im Bereich des Fern-

meldewesens ein Zuwachs um 11,5 % zu verzeichnen ist. Wenn man die letzten 15 Jahre betrachtet, kommt man zu dem Ergebnis, daß die Verkehrszunahme 206 % beträgt, wobei das Postwesen mit 118 % und das Fernmeldewesen mit 308 % beteiligt ist.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, die wirtschaftliche Lage des letzten Jahrzehnts hat natürlich auch auf Betriebsablauf und Betriebsgestaltung bei der Deutschen Bundespost eingewirkt. Die Zunahme des Verkehrs auf der einen Seite und der Mangel an Arbeitskräften auf der anderen Seite haben die Investitionspolitik der Deutschen Bundespost nicht unwesentlich beeinflusst. Der Mangel an menschlichen Arbeitskräften hat einen sehr harten Zwang ausgeübt zu überlegen, wie fehlende Hände durch Maschinen ersetzt werden können. Die Technik, die Mechanisierung, ja z. T. auch die Automatisierung wurden durch diese Entwicklung nicht unwesentlich gefördert; ein Ergebnis dieser Entwicklung spiegelt sich darin wider, daß die Zahl der beschäftigten Personalposten vom Jahre 1950 bis zum Jahre 1966, also wiederum in 15 Jahren, um 66 384 abgebaut wurde, davon im Postdienst 25 156 und im Fernmeldedienst 41 228. Sie sehen also auch an diesen Zahlen, daß Verwaltungen oder Staatsunternehmen sich keineswegs nur unendlich ausweiten.

Aber meine Damen und Herren, ich möchte heute allen, die für die Deutsche Bundespost in der Vergangenheit politisch, verwaltungsmäßig und technisch verantwortlich gewesen sind, wie auch allen anderen Mitarbeitern dafür danken, daß die DBP zu einer der modernsten Postanstalten der Welt sich entwickeln konnte.

Dies wird auch vom Ausland anerkannt, und sehr viele Besucher kommen nach Deutschland, um die modernen Einrichtungen der DBP zu betrachten.

Meine Damen und Herren, es besteht naturgemäß auch eine besondere Beziehung zwischen der DBP, der Technik, der Forschung und der Wissenschaft, die sich nicht zuletzt in der Zusammenarbeit mit der Zulieferindustrie widerspiegelt. Wissenschaftliche Erkenntnisse müssen im Rahmen der Gestaltung des Post- und Nachrichtenwesens genutzt werden, nicht zuletzt auch, um dem Ziel einer raschen und guten Nachrichtenvermittlung soweit wie möglich entgegenzukommen.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren. Es stellt sich in diesem Zusammenhang selbstverständlich auch die Frage, welche Entwicklung die DBP in Zukunft nehmen wird. Es gibt keinen Zweifel, daß auch in Zukunft die Technik stärkste Rückwirkungen auf die DBP haben wird. Durch die Technik werden Arbeitsweisen in Betrieb und Verwaltung beeinflusst, was auch zu organisatorischen Folgerungen führen kann. Ich möchte dies mit einem Beispiel verdeutlichen. Wenn heute moderne Anlagen eingesetzt werden, meinetwegen für das Postscheckwesen, so ergeben sich daraus ganz gewisse Überlegungen – früher oder später, welche Größe ein Postscheckamt haben soll, um sinnvoll solche Maschinen einsetzen zu können.

Wir müssen dabei davon ausgehen, daß die Technik nicht ein Selbstzweck sein kann, und wir werden immer zu prüfen haben, ob das, was technisch möglich ist, auch wirtschaftlich sinnvoll und wirtschaftlich vertretbar ist. Dabei muß klar gesehen werden, daß es eine Reihe von technischen Maßnahmen gibt, die nicht als endgültig angesehen werden können, sondern als Versuche zu betrachten und bezeichnen sind.

Das Problem der Technik bei der DBP wirft natürlich auch die Beziehung zwischen Mensch und Technik auf, denn es steht außer jedem Zweifel, daß Technisierung, Automatisierung in verschiedener Form Rückwirkung auf den Menschen im Betrieb ausübt. Und hier muß bei allen Überlegungen der Rationalisierung auch die menschliche Seite und die menschliche Verantwortung, die die DBP für ihre Mitarbeiter hat, gesehen werden.

Nun, meine Damen und Herren, neben diesen Punkten der Technik muß auch die Frage betrachtet werden, wie die Dinge von der finanziellen Seite her zu beurteilen sind. Die DBP ist im finanziellen Bereich leider nicht in der gleichen Situation wie bei ihrem technischen Stand. Die Deutsche Reichspost hatte früher ein Eigenkapital von rund 80 %. Die DBP hatte im Jahre 1950 ein Eigenkapital von 75 % und ein Fremdkapital von 25 %. 1965 betrug das Eigenkapital der DBP nur noch rund 14 %, und der Schuldenstand am Jahresende 1966 liegt bei 14 Milliarden DM. Das sind wenig erfreuliche Zahlen. Gehen wir etwas nach, was die Ursachen sind. Die technischen Investitionen waren notwendig. Sie konnten nicht finanziert werden aus den Gewinnen, weil in den vergangenen 15 Jahren – wenn ich bei dieser Zeitspanne bleibe – nicht jedes Jahr mit Gewinn abgeschlossen hat, sondern es war ein Wechsel von Jahren mit Gewinn und von Jahren mit Verlust. Also keine Möglichkeit der Finanzierung aus Gewinnen für diese Investitionen. Der Eigentümer, der Bund, hat sich nicht in der Lage gesehen, das Eigenkapital des Unternehmens entsprechend aufzustocken. Das ist als Tatsache hinzunehmen, weitere Betrachtungen wären im Augenblick sinnlos. Der Eigentümer, der Bund, hat für sich, aber sogar eine verankerte Abgabe, bezogen auf den Umsatz, in Anspruch genommen, d. h. mit andern Worten, die DBP mußte vom Umsatz her Zahlungen an den Bund leisten – unabhängig davon, ob das Unternehmen mit Gewinn oder Verlust gearbeitet hat. Ich gestehe freimütig, daß ich das für ein unmögliches Verfahren ansehe, denn wenn ein Einzelhändler oder ein Handwerker seine Privatentnahmen danach richten würde, was er umsetzt und nicht danach fragen würde, was er verdient, ich glaube niemand hätte Mitleid, wenn er eines Tages seinen Betrieb nicht mehr haben würde. Es war erfreulich, daß es im vergangenen Jahr meinem Vorgänger, Herrn Stücklen, in Zusammenarbeit mit dem damaligen Finanzminister Dahlgrün, gelungen ist, diese Ablieferungen einzuschränken und auch eine Verzinsung des investierten Kapitals zumindestens vorübergehend festzulegen.

Meine Damen und Herren, diese finanzielle Situation wirkt sich auch auf die Aufgabenerfüllung der DBP in unseren Tagen aus. Wir haben, ich wiederhole es, einen Umsatz von über 10 Milliarden. Die Personalkosten liegen bei rund 6 Milliarden – das sind die Zahlen des Jahres 1966 – die Zinsbelastung liegt zwischen 500 und 600 Millionen und die Tilgung liegt bei 1,3 Milliarden. Wenn ich Schuld und Tilgung zusammenrechne, dann komme ich auf einen Betrag von rund 2,3 Milliarden. Sie sehen damit, daß die Beweglichkeit im Haushalt für notwendige Investitionen außerordentlich begrenzt ist. Schulden kosten Geld und müssen bezahlt werden. Meine Damen und Herren, es gibt keinen Zweifel, daß die finanzielle Regelung des letzten Jahres – die im Augenblick ein Provisorium ist – in irgendeiner Form dauerhaft gemacht werden muß. Ich glaube, daß das Postverfassungsrecht neu formuliert werden muß, nur dadurch

wird eine dauernde und grundlegende Verbesserung der Finanzen möglich sein. Das gilt nicht zuletzt in bezug auf die §§ 15 und 21 des Postverwaltungsgesetzes über die Haushaltsführung und über die Ablieferungspflicht der DBP.

Die Bundespost sollte grundsätzlich wie ein Wirtschaftsunternehmen behandelt werden unter Beachtung der Erfüllung ihrer staatspolitischen und gesamtwirtschaftlichen Aufgaben. Wenn die Eigentümerin, die Bundesrepublik Deutschland, aus irgendwelchen Erwägungen Leistungen von der DBP verlangt und dabei gleichzeitig wünscht, daß die Gebühren hierfür niedrig gehalten werden, daß sie also nicht kostendeckend sind, dann müssen diese politischen Lasten in irgendeiner Form ausgeglichen werden. Ich darf vielleicht hier ein Beispiel brauchen, weil wir weit von München weg sind. Es wird gefordert, daß Hüttentelefone aufrechterhalten werden und daß die DBP die Kosten für diese Hüttentelefone übernimmt. Ich sehe selbstverständlich ein, daß diese Telefone notwendig sind, wenn im Sommer, in der Zeit wo Bergsteiger unterwegs sind, hier irgend etwas passiert, aber die logische Folgerung ist, daß genauso wie für Hüttentelefone im Interesse der Sicherheit von Menschen eine Gebührenfreiheit verlangt wird, die auch für andere Bereiche mit gleichem Recht gefordert werden kann. Hier stellt sich die Frage, wer ist dafür verantwortlich? Und ich glaube, die Post als Unternehmen hat die Verantwortung nicht. Was man ihr als politische Verpflichtung auferlegt, muß als politische Last anerkannt und vom Staat entsprechend honoriert werden.

Die DBP muß auch die Möglichkeit haben, ihre Investitionen in einem üblichen Rahmen aus Gewinnen – vorausgesetzt, daß sie vorhanden sind – zu finanzieren. Es wird also eine Aufgabe sein, das Postverfassungsrecht entsprechend zu gestalten, daß tatsächlich eine finanziell geordnete und gesunde Unternehmensführung möglich ist, die auch die entscheidende Voraussetzung darstellt, daß die DBP die Aufgaben in der Zukunft gut erfüllen kann.

Nun, diese finanzielle Lage, die ich eben dargestellt habe, hat dazu geführt, daß der Etat des Jahres 1967 um 15 % niedriger ist, als jener des Jahres 1966. Ich darf in Ihre Erinnerung zurückrufen, daß man vor einem Jahr ob eines solchen Verhaltens sicher in der deutschen Öffentlichkeit sehr gerühmt worden wäre, denn zumindest in den ersten 9 Monaten des Jahres 1966 gab es ja die Parole, die öffentliche Hand solle sparen, die öffentlichen Haushalte dürfen nicht weiterwachsen und die Zuwachsraten müsse im Zusammenhang stehen mit der Entwicklung des Sozialproduktes. Ich glaube, daß die DBP zu den wenigen Haushalten der öffentlichen Hand zählt, die nun tatsächlich den Forderungen des Jahres 1966 Rechnung getragen haben. Dieser Rückgang im Haushaltsvolumen hat natürlich die Erledigung der Aufgaben bei der DBP nicht erleichtert, sondern erschwert. Denn, meine Damen und Herren, eine ganze Reihe von Maßnahmen, die geplant waren, wurden in Frage gestellt, und man hat mir im Dezember gesagt, wenn dieser Haushalt so bliebe, würden z. B. 70 bis 80 postalische Gebäude zwar im Rohbau fertiggestellt werden, aber der Innenausbau fernmeldetechnisch könne nicht durchgeführt werden. Nun, wir haben Glück gehabt. Durch den Eventualhaushalt. Denn die gesamtwirtschaftliche Entwicklung um die Jahreswende, die Zunahme der Arbeitslosen, die Zunahme der Kurzarbeit, die Gefahr weiterer Entlassungen in der Wirtschaft

zwangen die Bundesregierung, mit Hilfe eines Eventualhaushaltes Gelder zur Verfügung zu stellen, um mit Hilfe von öffentlichen Aufträgen der Wirtschaft neue Impulse zu geben. Von diesen 2,5 Milliarden DM wurden der DBP 485 Millionen gegeben, und wir haben sie dankbar genommen, denn dadurch erreichen wir jetzt ein Haushaltsvolumen im Jahre 1967, das dem von 1966 in etwa gleich ist.

Wir hatten auch keine Schwierigkeiten das Geld unterzubringen. Denn Projekte sind reichlich vorhanden. Allerdings, meine Damen und Herren, eines ist nicht möglich, daß nun diese Aufträge gewissermaßen über Nacht vergeben werden. Denn wenn wir mit diesen Geldern, die heute Kredite sind, und die morgen mit Steuergeldern zurückgezahlt werden müssen, sparsam umgehen wollen, dann müssen wir eine systematische Vergabe dieser Aufträge durchführen und d. h. – wenn ich das Beispiel des Hochbaues heranziehe, wir müssen ausschreiben mit entsprechenden Fristen, wir müssen die Angebote prüfen – das dauert wieder Zeit – und können dann erst den Auftrag fest vergeben.

Wir kommen hier in einen gewissen Zeitdruck. Aber wir müssen alles daransetzen, ich sage es noch einmal, daß wir aus diesen Geldern des Eventualhaushaltes nicht nur eine Initialzündung erreichen in der Wirtschaft, sondern auch zu einer sinnvollen und sparsamen Verwendung der Gelder kommen.

Wir werden einen hohen Betrag für den Fernmeldebereich verwenden, um hier den Wünschen nachzukommen. Meine Damen, meine Herren, lassen Sie mich hier eine Bemerkung anschließen, nachdem ja in letzter Zeit gerade das Thema der Telefonanschlüsse so sehr aktuell geworden ist. Wir haben in den letzten Jahren eine ständige Steigerung der Telefonanschlüsse zu verzeichnen gehabt, wir haben gleichzeitig – und das sei dankbar festgestellt – eine Abnahme der Wartenden zu verzeichnen, aber es konnten nicht alle Wünsche kurzfristig erfüllt werden. Und sie können auch in Zukunft nicht kurzfristig erfüllt werden. Denn wenn nun einmal Kabel völlig ausgelastet sind, wenn in Fernmeldeämtern keine Anschlußmöglichkeiten mehr vorhanden sind, dann kann ich erst neue Anschlüsse zuteilen, wenn entweder Anschlüsse abgemeldet werden oder wenn neue Kabel verlegt sind und neue Fernmeldeämter gebaut sind. Und ich bitte dabei zu bedenken, daß die DBP ein Anschluß im Schnitt – im Durchschnitt – 5000 DM kostet, so daß also auch von der Seite der Finanzierung hier ein gewisses Problem vorhanden ist.

Die Post hat das größte Interesse, Fernsprechan Anschlüsse beschleunigt durchzuführen. Denn es handelt sich beim Fernsprechwesen um jenen Bereich der DBP, wo gewinnbringend gearbeitet wird.

Denn ich muß das hier auch wieder einmal sagen, es ist ja leider nicht so, daß die DBP in allen Bereichen mit Gewinn arbeitet – ich füge hinzu – arbeiten kann. Ein Beispiel: Im Postzeitungsdienst wird auch in diesem Jahr die DBP ein Defizit von 200 Mio DM zu verzeichnen haben, obwohl durch die Gebührenerhöhungen, die am 1. Januar in Kraft getreten sind, wir Mehreinnahmen von 40 Mio erwarten können. Nun kann jemand sagen, wenn die Gebühren nicht reichen, noch höher. Nun, meine Damen und Herren, ich glaube, so einfach geht es nicht, denn wir wissen, daß u. U. durch eine rücksichtslose Gebührenerhöhung in

diesem Bereich auch die Existenz von Zeitschriften, die vielleicht sehr wertvoll sind, gefährdet werden kann. Oder denken Sie an den Paketverkehr. Man sagt oft, die Post hat ein Monopol. Ja, in manchen Bereichen stimmt das. Aber in anderen Bereichen stimmt es nicht, z. B. beim Paketdienst. Defizit 400 Mio DM. Wir haben nach der letzten Gebührenerhöhung feststellen müssen, daß mancher Postkunde abgewandert ist. Er kann die Pakete mit der Deutschen Bundesbahn schicken. Nun, da kann man sich noch koordinieren, weil die Eigentümer ja die gleichen sind. Aber es gibt auch die Möglichkeit — meinetwegen Kataloge oder Zeitschriften mit Lkw zu befördern — also mit privaten Unternehmen und es gibt die Möglichkeit — zumindest in Großstädten — mit Hilfe von Kolonnen diese Dinge zu verteilen. Hier ist also nicht die Frage: Monopol und deshalb kostendeckender Preis, sondern hier steht die Frage: „Welches Ergebnis wird vorhanden sein, wenn man ohne Rücksicht auf Konkurrenzverhältnisse die Gebühren erhöht?“ Meine Damen und Herren, ich glaube das Ergebnis wäre leicht vorauszu- sehen. Bei einer Gebührenerhöhung im Paketbereich könnte der Zustand eintreten, daß dann an großen Plätzen mit Hilfe von privaten Unternehmungen der Paketdienst versehen wird, aber in dünnbesiedelten Räumen, vielleicht hier oben bei den Halligen und Inseln, vielleicht in dünnbesiedelten Räumen der Mittelgebirge, die DBP dann die Aufgabe hätte, so wie bisher den Paketbetrieb durchzuführen. Ich will mit diesem Beispiel zeigen, daß also auch der Tarifpolitik hier Grenzen gesetzt sind. Und ich meine, wir müssen hier sehen, daß letzten Endes bei dem Staatsunternehmen DBP eine gesamte Verantwortung vorhanden ist und wir bis zu einem gewissen Grad danach trachten müssen, eine allgemeine Bedienung durchzuführen. Meine Damen und Herren, Sie sehen, daß also die finanzielle Lage allein mit der Gebührenpolitik auch nicht ohne weiteres zu lösen und zu klären ist.

Ich möchte aber eine Bemerkung noch anfügen, damit hier keine Mißverständnisse entstehen. Ich glaube, auch Staatsbetriebe sollten anstreben — soweit es irgendwie vertretbar ist — kostendeckende Preise zu erzielen. Denn der Preis, der nur politisch bestimmt wird, also ohne Berücksichtigung jeglicher Kalkulation, wird im allgemeinen zum Defizit. Und dieses Defizit, meine Damen und Herren, muß früher oder später gedeckt werden. Und es soll kein Bürger glauben, daß das Defizit bei Staatsbetrieben irgend jemand bezahlt. Es zahlt jedermann mit seinen Steuergeldern dieses Defizit. Deshalb muß der politische Preis, soweit es irgendwie möglich ist, vermieden werden, weil er im Grunde genommen dem Bürger auf die Dauer nicht dient und weil er auch dem Staatsbetrieb nicht dient, denn mit Verlusten und ohne Gewinn kann man einen Betrieb weder erhalten noch fortentwickeln.

Meine Damen und Herren, auch die Frage der Besoldung ist natürlich nie ganz zu lösen von der finanziellen Lage eines Unternehmens und nicht ganz zu lösen von den Vertragsverhältnissen. Ich weiß, daß Sie in Ihrer Vereinigung auch diese berufspolitischen Probleme behandeln, und der Innenausschuß des Deutschen Bundestages befaßt sich ja z. Z. mit dem Entwurf eines dritten Gesetzes zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes im zweiten Vorschaltgesetz, wie es genannt wird. Es gibt keinen Zweifel, daß eine Reihe von Besoldungsproblemen vorhanden sind. Ich gehe jetzt fast schon in ein Ressort, in dem ich nicht zuständig bin, denn das Ressort für die

Beamten ist ja das Bundesministerium des Innern, aber ich will trotzdem einige Gedanken hier aussprechen. Es werden in diesem Bereich immer Wünsche offenbleiben. Eine jedermann wohlgefällige Lösung gerade bei den finanziellen Verhältnissen, wie sie heute sind, wird kaum zu finden sein. Und gerade in der Besoldungspolitik zeigt sich sehr deutlich auch, daß eben die Kunst des Möglichen eine Rolle spielt. Ich kenne die Sorgen, die im höheren Dienst vorhanden sind. Und soweit die höheren Beamten der DBP in Frage kommen, dreht es sich im wesentlichen um zwei Fragen: um das Verhältnis des Einkommens der Beamten im Vergleich zu ähnlichen Positionen in der freien Wirtschaft und um nicht genügend vorhandene Beförderungsmöglichkeiten. Meine Damen und Herren, ein Vergleich mit der freien Wirtschaft. Ich glaube, wir alle stehen irgendwann einmal in der Versuchung, bei unserer eigenen beruflichen Tätigkeit nur das Negative zu sehen und bei anderen Berufsgruppen nur das Positive. Ich glaube, wir sollten uns, wenn wir in eine solche Denkweise hineinverfallen, bemühen, auch daran zu denken, daß unser eigener Beruf nicht nur Nachteile hat, sondern auch Vorteile, und wir sollten bei anderen Berufsgruppen nicht nur die Vorteile, sondern auch die Nachteile sehen. Es gibt eben überall Licht- und Schattenseiten. Und je mehr wir uns bemühen, dies zu erkennen, ich glaube, desto objektiver werden wir werden und vielleicht auch manchmal zufriedener und auch etwas glücklicher. Nun, es gibt keinen Zweifel, daß vergleichbare Positionen in der Wirtschaft gerade in den letzten Jahren vom Einkommen her weit dem der Beamten davongelaufen sind. Der Gesichtspunkt, der früher oft angeführt worden ist, der Beamte hat absolute Sicherheit bis zu seinem Lebensende, er hat Sicherheit für seine Frau und seine Familie, gilt auch heute noch; wenn wir an die Währungsreform des Jahres 1948 denken, hat sich das ja sehr deutlich gezeigt. Es muß aber ehrlicherweise zugegeben werden, daß heute in der Wirtschaft und im freien Beruf auch eine sehr starke Alterssicherung Platz ergriffen hat, die den Unterschied von einst zwischen Beamten und Angestellten in der freien Wirtschaft und Selbständigen z. T. wesentlich verschoben hat. Das muß bei zukünftigen Betrachtungen nach meiner Meinung gesehen werden.

Thema Beförderungsmöglichkeiten. Ich muß hier sagen, daß in den letzten Jahren leider die Einheitlichkeit der Besoldung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sehr weitgehend verlorengegangen ist. Wir hören zwar im allgemeinen, es sei hier auch in diesem ehrwürdigen Saal erlaubt, das zu formulieren, daß der Bund mehr Geld hätte als die Stadtstaaten und die Länder; aber wenn man bei der Besoldung nachsieht, dann glaube ich, kann man das generell nicht sagen, denn wir haben eine Reihe von Ländern, die in den vergangenen Jahren im Besoldungsbereich beachtliche Schrittmacher nach oben geworden sind, so kräftig, daß der Bund dann und wann in erhebliche Schwierigkeiten geraten ist. Es gibt Betrachtungsweisen, die sagen, daß eigentlich die im Bundesdienst stehenden Beamten die bestbezahltesten seien. Wenn man sich dieser Auffassung nicht anschließen will, dann sollte man aber zumindest anerkennen und ich tue das, daß die Beamten des Bundes nicht schlechter gestellt sein sollten als die Beamten bei Ländern und bei den Kommunen. Und es ist eine sehr wichtige Aufgabe, hier eine entsprechende Gleichheit wiederzugewinnen. Die Bemühungen dafür sind im Gange.

Und nun meine Damen und Herren, gibt sich ja die Frage der Planstellen des höheren Dienstes. Es sind hier starke Auseinandersetzungen im Gange. Der neue Stellenschlüssel sieht vor 15 v. H. der Planstellen des höheren Dienstes A 15, 5 v. H. der Planstellen des höheren Dienstes nach A 16. Der Postverwaltungsrat hat vorgeschlagen für A 15 20 % und für A 16 10 %, das Bundesministerium der Finanzen hat diese Vorschläge nicht anerkannt. Es wird hier ein weiteres Ringen bleiben. Ich darf aber sagen, daß im Vergleich von 1965 bis 1967 sich durch den Dreistufenplan einige beachtliche Verbesserungen ergeben haben. Meine Damen und Herren, wie diese Dinge weitergehen kann man schlecht voraussagen. Sie liegen im Parlament. Ich werde mich selbstverständlich im Rahmen meiner Zuständigkeit darum bemühen, dafür zu sorgen, bestmögliche Ergebnisse, die auch im Vergleich mit anderen Verwaltungen und auch im Vergleich mit Ländern und Kommunen gerechtfertigt sind, durchzusetzen und ich erkläre mich hier zur Zusammenarbeit mit allen Berufsvertretungen ausdrücklich bereit.

Nun, meine Damen und Herren, „höhere Beamte“, dazu noch einige Gedanken. Ich glaube, daß der höhere Beamte im besonderen Maße für die Entwicklung auch der DBP miteinscheidend sein wird. Wenn auch die Zahl der höheren Beamten bei der DBP unter 1 % liegt, so darf man doch die Bedeutung nicht unterschätzen. Sie hatten auf Grund ihrer Ausbildung und auf Grund ihrer Leistung eine besondere Verantwortung, ganz gleich in welchem Bereich und wo sie im Rahmen der DBP stehen. Und auf ihr Tun und Wirken wird nicht nur von oben geblickt, sondern vielleicht oft in viel stärkerem Maße noch von unten. Sie haben Menschen, denen sie Vorgesetzter sind. Sie sollten aber nicht nur Vorgesetzter sein, der anordnet, der kontrolliert und korrigiert. Sondern sie sollten auch den Menschen, denen sie anvertraut sind, eine Person sein, die zur Entfaltung dieser Menschen und zur beruflichen Leistungssteigerung etwas beiträgt.

Meine Damen und Herren, wir leben in einer Zeit, in der die Berufsausbildung, die man in jungen Jahren bekommt – auch wenn sie noch so gut ist –, nicht mehr für ein Leben lang reicht, denn der Fortschritt von Wissenschaft und Technik, die Verwertung neuer Erkenntnisse aus den verschiedensten Bereichen des Lebens, die in das Berufsleben hineinwirken, zwingen wie kaum früher zu einer weiteren Fort- und Ausbildung. Das ist vielleicht am deutlichsten bei den Technikern. Ein Techniker, der von 15 oder 20 Jahren ein gutes Examen gemacht hat in einem Spezialbereich, nun, wenn er heute zur Hochschule zurückkehren würde, vor welchen Problemen würde er da im Examen stehen auf Grund des Fortschreitens der Wissenschaft, der er sich einmal verschrieben hatte.

Das gilt aber nicht nur für den Techniker. Es gilt auch sehr stark für den betriebswirtschaftlichen Bereich. Welche neuen betriebswirtschaftlichen Erkenntnisse haben wir in den letzten 20, 30 Jahren bekommen. Welche neuen technischen Hilfsmittel sind zum Erkennen und zur Auswertung von betriebstechnischen Erkenntnissen uns zur Verfügung gestellt worden. Der Mann, der vor 10 oder 15 Jahren eine Buchhalterprüfung meinetwegen bei einer Industrie- und Handelskammer mit Auszeichnung gemacht hat und einer Abteilung „Buchhaltung“ in einem Wirtschaftsunternehmen ausgezeichnet vorstehen konnte, dieser Mann ist in seiner Position nicht mehr zu halten, wenn er im Jahre 1967 nicht die modernen Datenverarbei-



im
Dienste der

FERNMELDE-TECHNIK

Verwaltung

21 Hamburg 90, Postfach 507
Fernsprecher: 77 13 11
Telegramme: EL-ME-WE-HAMBURG
Telex: 02 14963 elmew d

Techn. Büro Frankfurt/Main
6 Frankfurt/Main 1, Postfach 3703
Fernsprecher: 88 35 00

Techn. Büro Köln
5 Köln-Riehl, Postfach 164
Fernsprecher: 76 96 86

Techn. Büro Kiel
23 Kiel, Koldingstraße 12
Fernsprecher: 4 20 10

Meßgeräte-Abteilung

2 Hamburg 39, Andreasstraße 19
Fernsprecher: 27 71 00

Fabrikationsgebiete:

Meß- und Regelgeräte, HF- und
NF-Geräte, Programmsteuerungen,
Automaten

Fernmeldegeräte-Abteilung

21 Hamburg 90, Zitadellenstraße 10
Fernsprecher: 77 13 66

Fertigungsprogramm:

Geräte und Apparate des
Fernmeldewesens

Montage-Abteilung

2 Hamburg 22, Humboldtstraße 7
Fernsprecher: 23 12 51

Tätigkeitsgebiete:

Amts- und Nebenstellen-,
Sprechstellenbau,
Kabelzieh- und Kabellötarbeiten
Ausgleichsarbeiten an OVK,
BZK und TFK
Stark- und Schwachstrom,
Elektro-, Uhren-, Licht-, Signal-,
Rundfunk- und elektroakustische
Anlagen

EL-ME-WE
ELEKTRO-MECHANISCHES WERK
HAMBURG

tungsmaschinen in ihrer Möglichkeit und praktischen Anwendung kennt. Und, meine Damen und Herren, auch die Leistungsfähigkeit der DBP hängt heute nicht nur davon ab, daß wir gut ausgebildete Kräfte in allen Bereichen bekommen, sondern daß wir alles tun, die Menschen, die bei der DBP tätig sind, in ihrer beruflichen Bildung fortzuentwickeln. Und es ist mit einer Aufgabe nach meiner Meinung gerade der höheren Beamten der DBP, dies zu erkennen und mitzuhelfen, daß die DBP immer wieder Möglichkeiten schafft, diese Weiterbildung zu gewährleisten. Und für Sie selbst, meine Damen und Herren, gilt das gleiche: auch Sie stehen vor der Aufgabe, sich nach Möglichkeit fortzubilden, um in Ihrer eigenen Position und um des Fortkommens willen den neuen Kenntnissen Rechnung zu tragen. Meine Damen und Herren, das mag zuweilen unbequem sein. Aber ich glaube, wenn es möglich ist, sich im Berufsleben weiterzubilden, so ist das letzten Endes doch eine Tatsache, die auch die Freude am Beruf mit fortschreitendem Alter aufrechterhält. Und deshalb sollten wir uns gemeinsam überlegen, was wir tun können, um den Menschen im Beruf weiter zu fördern.

Und Sie haben als höhere Beamte auch die Möglichkeit, den Menschen zur Entfaltung seiner Fähigkeit zu bringen. Meine Damen und Herren, es gibt keine Zweifel, es hängt oft die Fortentwicklung eines Menschen auch davon ab, wie seine Vorgesetzten mit ihm umgehen. Und ich glaube, wenn es gelingt, dann und wann fähige Kräfte zu entdecken, zu fördern und zu entfalten, dann ist es auch eine Aufgabe, die sehr lohnenswert ist und die eine Befriedigung in sich selbst darstellt. Mit diesem letzten Gedanken möchte ich insbesondere den Leistungsgrundsatz angesprochen haben. Eine staatliche Verwaltung steht ja immer in der Gefahr, als Bürokratie betrachtet zu werden, und die berufliche Entwicklung wird häufig so gesehen, auch außen, daß man sagt: die Ausbildung, Schulbildung, das Examen – damit ist der Lebensweg für alle Zeiten vorgezeichnet. Ich glaube, daß das nicht unbedingt so sein muß. Wenn wir den Leistungswillen stärker in den Vordergrund rücken, dann, glaube ich, können wir manche Barriere, die vorhanden ist, überspringen und wir können etwas tun zur Bildung der Persönlichkeit und zur Förderung der Leistung schlechthin. Das bedeutet dann, daß wir eine verantwortungsbewußte Auslese der Führungskräfte betreiben müssen, das bedeutet eine Objektivierung und Verfeinerung des Beurteilungswesens im einzelnen Fall, das bedeutet mehr Berücksichtigung der Leistung bei der Beförderung und das bedeutet Förderung besonders bewährter und leistungsfähiger Beamter, auch durch Zulassung zum Aufstieg für den höheren Dienst. Meine Damen und Herren, ich weiß, daß es ein schwieriges Thema ist. Aber wir sollten uns dieser Frage, ich meine etwas mehr widmen, als es nach meiner Auffassung dann und wann in der Vergangenheit gewesen ist. Wenn der Leistungsgedanke einen stärkeren Niederschlag findet, dann wird auch manche Verzerrung zwischen staatlicher Verwaltung, privater Wirtschaft und dem Selbständigen, ich möchte einmal sagen stark gemildert werden.

Meine Damen und Herren, ich meine, daß die höheren Beamten der DBP so eine große Aufgabe haben. Und insbesondere in einer Zeit, wo wir alle in der Gefahr stehen, immer mehr der Spezialisierung anheimzufallen, sollte auch der höhere Beamte seine Verantwortung sehen, den Blick für das Ganze nicht zu verlieren. Und den Blick für das Ganze nicht zu verlieren

bedeutet hier nicht nur im Rahmen der DBP, sondern auch in bezug auf seine Verantwortung als Staatsbürger. So meine ich, kann sich im Rahmen der DBP der höhere Beamte in seiner Persönlichkeit entfalten. Er soll seine Rechte kennen und er soll sein Recht haben auch in der Besoldungsfrage, auch in der gesellschaftlichen Stellung. Er soll aber nicht nur seine Rechte kennen, sondern auch seine Pflichten. Und er soll – und das möchte ich mit ganz besonderem Nachdruck sagen – sich dessen bewußt sein, daß er als führende Persönlichkeit von vielen Menschen beobachtet wird und einen Orientierungspunkt darstellt. Deshalb füge ich hinzu, nicht nur Rechte und Pflichten, sondern auch ein Vorbild für die anderen. Und, meine Damen und Herren, es gibt gar keinen Zweifel, auch in der Massengesellschaft, auch im Zeitalter der Technik mit allen Schikanen, wird das Leben in allen Bereichen entscheidend gestaltet von Persönlichkeiten. Wenn sie nicht vorhanden sind, merkt man es negativ und wenn sie vorhanden sind, dann merkt man es positiv, und ich glaube, daß auch unser Volk Persönlichkeiten braucht, die bereit sind, sich ihrer Verantwortung bewußt zu sein im Berufsleben und im öffentlichen Leben – und ich füge hinzu, auch als Staatsbürger.

Ich sehe auch Ihre Vereinigung unter diesem Aspekt. Sie können als höhere Beamte der DBP durch Ihr Auftreten Vorbild sein für viele Menschen, die Ihnen anvertraut sind. Und es blicken oft mehr auf Sie, um sich zu orientieren, als Sie vielleicht dann und wann annehmen.

Meine Damen und Herren, auch die DBP lebt im Wandel der Zeit. Wir müssen uns weiterhin mit vielen Problemen auseinandersetzen. Ich sagte es neulich in Hannover. 100 Jahre Geschichte der Post – die Zeitspanne von der Postkutsche bis zum Early Bird. Niemand von uns weiß, wie das Nachrichtenwesen in 10, in 20, in 30 Jahren sein wird. Auch das wird die Aufgabe verantwortungsbewußter Persönlichkeiten der DBP sein, sich Gedanken zu machen, geradezu zu phantasieren und zu spekulieren, wie eine moderne Post 1980, 1990 oder im Jahre 2000 aussehen soll. Das sind Aufgaben, die vor uns stehen. Wir müssen aber auch wissen, daß die Entwicklung der DBP nicht nur von den dort tätigen Menschen – ganz gleich in welcher Stellung sie sind – abhängt, nicht nur von dem Fortschritt der Technik, nicht nur von den Finanzen, sondern daß sie auch entscheidend davon abhängt, wie sich die staatlichen Verhältnisse in Deutschland entwickeln. Meine Damen und Herren, die DBP hat in den letzten 15 Jahren eine große Entwicklung gehabt und sie konnte diese Entwicklung haben, weil in Deutschland ein freiheitlicher Rechtsstaat entstanden ist, und weil in Deutschland dank einer guten Politik und der Arbeit von Vielen oder von Allen wir wieder nach oben gekommen sind. Die DBP in einer freien rechtsstaatlichen Ordnung und Gesellschaft. Und die weitere Entwicklung der DBP wird davon abhängen, wie sich dieser unser Staat, wie sich diese unsere Gesellschaft und wie sich unsere Wirtschaft entwickelt. Und deshalb sollten wir bei den Sorgen unseres Berufslebens, bei den Sorgen innerhalb der DBP auch nicht übersehen die gesamtwirtschaftliche Verantwortung und die gesamtpolitische Verantwortung die wir haben. Ich möchte hoffen und wünschen, daß es der Arbeit aller Verantwortungsbewußten gelingen möge, auch in Zukunft den Weg zu finden, der es uns allen ermöglicht, in Freiheit ein lebenswertes Leben zu leben.

Etwas über die Besoldungssituation im höheren Dienst

(Referat, gehalten von OPDir Dr. Besold auf dem Vertretertag in Hamburg)

Der Deutsche Bundestag hat am 21. 4. 66 die Bundesregierung ersucht

1. baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen der die bisherigen Bemühungen zur Besoldungsneuregelung fortführt,
2. bis zum 1. April 1967 die Grundzüge und den Zeitplan für die angestrebte Besoldungsreform darzustellen und gleichzeitig einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem das Besoldungsrecht in Richtung auf diese Reform weiter entwickelt wird,
3. zum gleichen Zeitpunkt Vorschläge zu entwickeln, wie die Besoldungseinheit und die Gleichheit der beruflichen Entwicklung für alle Beamten gesichert werden können.

Den Auftrag zu 1. hat die Bundesregierung erfüllt. Sie hat im Juni 1966 den Entwurf eines dritten Gesetzes zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes – das sogenannte zweite Vorschaltgesetz – beschlossen und den Entwurf über den Bundesrat dem Bundestag vorgelegt.

Der Innenausschuß des Bundestags hat für die Beratung der Vorschaltnovellen eine besondere Arbeitsgruppe gebildet. Die Arbeitsgruppe hat ihre Beratungen am 15. Februar aufgenommen. Sie hat teilweise andere Vorstellungen als die Entwurfsfertiger. Welche Vorstellung die Arbeitsgruppe hat, ist der „Deutschen Post“ vom 20. April zu entnehmen.

Während der Entwurf für die Präsidenten vier Besoldungsgruppen vorsieht, will es die Arbeitsgruppe bei dreien belassen. Oberhalb von B 3 will man im gegenwärtigen Zeitpunkt keine Änderungen vorsehen.

Die Vizepräsidenten größerer Oberpostdirektionen und die Abteilungspräsidenten als Leiter besonders großer und bedeutender Abteilungen will man in B 2 einstufen. Das Grundgehalt in B 2 soll angehoben werden und in der Mitte zwischen A 16 und B 3 liegen, also von 2 604 auf etwa 2 662 DM. Dem Vernehmen nach sollen jedoch – wie es der Entwurf vorsieht – die Vizepräsidenten der großen oder größten Oberpostdirektionen in B 3 eingestuft werden. Nach der Meinung der Arbeitsgruppe soll der Stellenkegel in A 15 und A 16 – nach dem Entwurf zusammen 20 v. H. – auf 23 v. H. angehoben werden, davon – wie schon im Entwurf – nicht mehr als 5 v. H. in A 16.

Die Arbeitsgruppe empfiehlt eine völlige Verzahnung der Laufbahnen, also nicht, wie im Entwurf vorgesehen, eine unwiderrufliche und ruhegehaltsfähige Stellenzulage für hervorgehobene Dienstposten, sondern Bezahlung aus dieser höheren Besoldungsgruppe. Das soll im gehobenen Dienst in den Spitzenstellen zu einem Schlüssel in A 11, A 12 und A 13 von 25:8:2 v. H. führen. Der Entwurf sieht vor 22 v. H. der Planstellen des gehobenen Dienstes in A 11 und 8 v. H. in A 12 und von diesen 8 v. H. 20 v. H. der Planstellen mit einer Stellenzulage in Höhe des Unter-

schieds zwischen A 12 und A 13. 20 v. H. der Planstellen A 12 würden in A 13 nur zu 1,6 v. H. führen. Also bei 2 v. H. eine Aufbesserung um 0,4 v. H. Diese Beamten des gehobenen Dienstes der Besoldungsgruppe A 13 sollen eine neue Amtsbezeichnung erhalten, analog der Spitzenbezeichnung im mittleren Dienst „Posthauptamtman“ . Im mittleren Dienst, bei dem der Entwurf bei den Beförderungssämtern ein Verhältnis von A 7 zu A 8 = 40:25 v. H. und von diesen 25 v. H. wieder 20 v. H. mit einer Stellenzulage in Höhe des Unterschieds zwischen A 8 und A 9 vorsieht, sollten nach diesen Vorstellungen betragen die Planstellen in A 7 : A 8 : A 9 wie 40 : 20 : 5 v. H. Bei den Beamten des mittleren Dienstes, die nach der Besoldungsgruppe A 9 besoldet werden, denkt man an die Amtsbezeichnung „Betriebsinspektor“. Die Arbeitsgruppe schlägt keine Änderungen hinsichtlich der Besoldungsdienstalter-Kürzungen, dem Wegfall und dem Vorschalten von Dienstaltersstufen vor.

§ 21 und 22 Bundesbesoldungsgesetz sollen neu gefaßt werden. Amtszulagen dürfen in den Besoldungsordnungen für solche Ämter vorgesehen werden, deren Amtsinhalt sich von den Grundämtern (§ 5 Abs. 3) abhebt. Die Amtszulagen dürfen 75 v. H. des Unterschiedsbetrages zwischen dem Endgrundgehalt der jeweiligen Besoldungsgruppe und dem der nächsthöheren nicht übersteigen. Amtszulagen sind unwiderruflich und ruhegehaltsfähig. Sie gelten als Bestandteil des Grundgehalts.

Für die Dauer der Wahrnehmung herausgehobener Dienstposten dürfen in den Besoldungsordnungen Stellenzulagen vorgesehen werden. Sie sind unwiderruflich.

§ 22 enthält Bestimmungen über sonstige Zuwendungen, die uns in diesem Zusammenhang weniger interessieren.

Ortszuschlag wird weiter gezahlt. Die Tabelle wird geändert, soll zusammengestrichen werden, wird daher nicht mit dem Gesetz zugleich verabschiedet werden können.

Wir müssen auf dem Standpunkt stehen, was für den gehobenen Dienst der Aufstieg sind für den höheren Dienst Dienstbezüge aus der Besoldungsordnung B, was für den gehobenen Dienst die Verzahnung, ist für den höheren Dienst die Amtszulage. Sie wird auch Beamten des gehobenen Dienstes gewährt, muß aber daher dem höheren Dienst in entsprechend breiterem Umfang zugebilligt werden. Die Besoldungsordnung A des Entwurfs enthält für die Deutsche Bundespost keine neuen Amtsbezeichnungen in A 16 und keine höherwertige Einstufung bisheriger Amtsbezeichnungen. Da die Vizepräsidenten und bestimmte Abteilungspräsidenten in die Besoldungsordnung B eingestuft werden sollen, und da nicht vorgesehen ist, in der Besoldungsgruppe A 16 neue Amtsbezeichnungen einzufügen oder bisherige Amtsbezeichnungen anderweitig einzuordnen, läßt sich bei dem Höchst-

satz von 5 v. H. in A 16 – solange er gesetzlich festgelegt ist – nur begrenzt manipulieren. Es wäre sympathisch gewesen, man hätte den bisherigen Oberpostdirektor als Postdirektor in A 15 belassen und einen – neuen – Oberpostdirektor in A 16 eingefügt. Doch ist das, wenigstens zunächst ein Wunschtraum. Man wird bei einer Fassung des 2. Vorschaltgesetzes, die der angedeuteten entspricht, für herausgehobene Dienstposten bei den Oberpostdirektionen und ihnen gleichgestellten Mittelbehörden, soweit man glaubt A 15 nicht zugestehen zu können, oder soweit Grundgehälter aus A 15 und 16 dem höherwertigen Amtsinhalt nicht gerecht werden, ohne daß der Dienstposten gehoben werden kann, und entsprechend für die Amtsvorsteher, insbesondere die Amtsvorsteher der größten Ämter nur auf dem Weg über eine Amtszulage höhere Dienstbezüge erzielen können. Wenn ich es recht verstehe, muß die Möglichkeit der Gewährung von Amtszulagen in der Besoldungsordnung zugestanden werden. Aus der Mitteilung ist nicht zu entnehmen, bei welchen Amtsbezeichnungen oder Besoldungsgruppen das vermerkt werden soll. Mir scheint das bei allen Besoldungsgruppen A 14 bis A 16 erforderlich.

Hinsichtlich des vom Bundestag bis zum 1. April 1967 geforderten Gesamtplans der Besoldungsneuordnung und eines Gesetzentwurfes für deren 2. Stufe (die Vorschaltnovelle soll die 1. Stufe bilden) hat Bundesinnenminister Lücke in einem Schreiben an den Präsidenten des Bundestages vom 23. 2. 67 erklärt – vgl. den Informationsdienst des Deutschen Beamtenkartells e. V. Nr. 14/67 –, bei dieser Sachlage lasse sich der in dem Beschluß des Bundestages vom 21. April 1966 genannte Termin nicht einhalten, zumal die nächste Stufe der Besoldungsneuordnung sich endgültig erst festlegen lasse, wenn vom Gesetzgeber über den Inhalt der 1. Stufe entschieden worden sei. Die Bundesregierung werde die Darstellung des Gesamtplanes mit dem Entwurf für die 2. Stufe also erst zu einem späteren Zeitpunkt vorlegen können.

Der Innenausschuß hat inzwischen dem Bundestag eine Verlängerung der Frist vorgeschlagen. Nach dem soeben bezeichneten Informationsdienst hat der für den Ausschuß als Berichterstatter fungierende Abgeordnete Schmitt-Vockenhausen sich zur Neuordnung des Beamtenbesoldungsrechts dahin geäußert, daß nach seiner Ansicht es wesentlich sei, daß die Bundesregierung bis zum 1. Juli d. J. erkennen lasse, welche Maßnahmen für die 2. Stufe der Besoldungsreform vorgesehen seien. Diese sollten nach Ansicht des Innenausschusses vom 1. Januar 1968 an wirksam werden. Der Gesamtabschluß der Reform dürfte nach Auffassung dieses Abgeordneten bis 1969 zu erwarten sein. Abschließend erklärte er, seit 1957 seien die Beamtengehälter hinter der allgemeinen Einkommensentwicklung zurückgeblieben; deshalb müsse neben der Besoldungsreform auch ein finanzieller Ausgleich gewährt werden, sobald sich die Möglichkeiten dafür böten.

Nach den Verlautbarungen von Bundesinnenminister Lücke soll, wie Oberpostrat a. D. Lumm in seinem Artikel über die Neuregelung der Beamtenbesoldung in der letzten Nummer der Neuen Deutschen Beamtenzeitung ausführt, die Besoldungsreform in 3 Stufen erfolgen. Die 1. Stufe wäre das Vorschaltgesetz mit Inkrafttreten am 1. Juli d. J. Zur 2. Stufe gehört neben dem Gesamtplan der Besoldungsneuordnung und einem Gesetzentwurf auch das Gesetz zur Änderung des Artikel 75 Grundgesetz. Wie im Jahre 1963

sieht der Entwurf der Bundesregierung vor, den Bund verfassungsrechtlich zu ermächtigen, in der Besoldung Mindest- und Höchstbeträge festzulegen sowie einheitliche Maßstäbe für den Aufbau der Besoldungsordnung zu schaffen. Ferner sollen durch Bundesrahmengesetze Maßstäbe für die Bewertung der Ämter festgelegt werden können. Das gegenwärtige Verfassungsrecht läßt eine solche bundesrechtliche Regelung nicht zu. Der Bundesrat hat dem Gesetzentwurf der Bundesregierung über die Änderung des Artikel 75 Grundgesetz im Juli 1966 zugestimmt. Das Besoldungsgefüge in Bund und Ländern ist heillos verzerrt und zersplittert. Es ist dringend notwendig, diese Dinge wieder zu vereinheitlichen. Ob dazu eine Grundgesetzänderung notwendig und zweckmäßig ist, darüber ist man sich nicht einig. 1963 haben sich alle Spitzenorganisationen gegen die Grundgesetzänderung ausgesprochen. Neben den verfassungsrechtlichen Bedenken und den praktischen Zweifeln hat auch die Frage mitgespielt, ob es nach den Erfahrungen der letzten Jahre möglich ist, Vertrauen zu einem Bundesgesetzgeber zu haben, der dann allein in der Lage sein würde, in der Beamtenbesoldung initiativ zu werden. DGB und DBB haben auch diesmal wieder Bedenken gegen die Verfassungsänderung angemeldet. Mit dem Inkrafttreten des geänderten Artikel 75 Grundgesetz wurde bisher zum 1. Januar 1968 gerechnet.

Oberregierungsrat a. D. Lumm meint in diesem Artikel über die Neuregelung der Beamtenbesoldung, es sei nicht möglich zu dem Gesamtvorgang Stellung zu nehmen, solange man nicht weiß, welche einzelnen Vorstellungen sich die Bundesregierung über die 2. und 3. Stufe der Reform mache. Die Besoldungsreform werde nur dann als solche bezeichnet werden können, wenn sie aus der Besoldungsordnung, die heute zwar noch den Namen Ordnung trage, aber eine heillose Unordnung darstelle, wieder eine wirkliche Ordnung mache. Er fährt u. a. fort: hinsichtlich der Einzelheiten wird angenommen werden können, daß u. a. die von Bundesinnenminister Lücke in der Bundestagsdebatte vom 21. April 1966 angesprochene Umstrukturierung der Besoldungsbestandteile weiterhin Gegenstand der Reform bleiben soll. Es geht um die Auflösung des Ortszuschlages jeglicher Art durch Einbeziehung des Sockelbetrages in das Grundgehalt und Ausgestaltung der familienbezogenen Beträge zu Sozialzuschlägen, deren Höhe von der Besoldungsgruppe unabhängig wäre. Ich füge hinzu: also nivellierend wirkt. In diesen Umbau wäre auch der Fortfall der Ortsklasse, den heutigen Lebensverhältnissen Rechnung tragend, einzubeziehen. Oberregierungsrat a. D. Lumm führt weiter aus: Ein anderes, besonders wesentliches Anliegen der Neuregelung, ist die Entzerrung des vertikalen Spannungsverhältnisses. Es beträgt z. Z. A 1 : A 5 : A 9 : A 13 = 100 : 130 : 200 : 330. Daß auch insoweit etwas geschehen muß, scheint ziemlich einhellige Auffassung aller Sachkenner zu sein.

Die Beförderungslage im höheren Dienst schildert Oberpostdirektor Dr. Kaiser in dem Artikel „Personalhaushalt 1967“ in der Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen vom 10. März 1967 folgendermaßen: Bei der Ausbringung der Planstellen für die beiden Spitzenstellungen des höheren Dienstes durfte über einen Ansatz von 5 v. H. bei A 16 und 15 v. H. bei A 15 nicht hinausgegangen werden. Der Vorschlag des Postverwaltungsrats, der 10 v. H. der Planstellen in A 16 und 20 v. H. in A 15 vorsieht, überschreitet die

Bundesregelung und wurde deshalb bei den Haushaltsverhandlungen von den Vertretern des Bundesfinanzministeriums nicht anerkannt. Zwischen den Besoldungsgruppen A 13 und A 14 ist keine bestimmte Stellenrelation vorgesehen. Der Stellenansatz bei A 14 muß jedoch gewährleisten, daß Posträte mit Beginn der neunten Dienstaltersstufe ihres Besoldungsdienstalters zum Oberpostrat befördert werden.

Diesen Grundsätzen entsprechend wurde im Personalhaushalt 1967 die Zahl der Beförderungsstellen in A 14 um 8, in A 15 um 29 und in A 16 um 7 Planstellen erhöht, zusammen um 44 neue Beförderungsstellen im höheren Dienst gegenüber 4 366 zusätzlichen Beförderungsstellen im gehobenen Dienst und zwar 2 315 in A 10, 1 638 in A 11, 413 in A 12. Rechnet man noch die neuen Planstellen in der Eingangsgruppe dazu, so wird im höheren Dienst die Zahl der Planstellen um 74, im gehobenen Dienst um 5 051 vermehrt beim Ausgangspunkt von 1 533 Planstellen im höheren und 22 374 Planstellen im gehobenen Dienst (Haushaltsplan 1966). Bei prozentual gleichem Anheben der Beförderungsstellen im gehobenen Dienst wie im höheren Dienst wären 1967 im gehobenen Dienst neu zu schaffen 634 Planstellen gegenüber 4 366, bezogen auf die oberste Besoldungsgruppe wären die Planstellen in A 12 zu mehren um 104 gegenüber 413.

Nach dem Vorschlag des Postverwaltungsrates zur Verbesserung der Stellenpläne der Außenverwaltung der DBP hätten gegenüber dem Voranschlag 1965 die Planstellen vermehrt werden sollen	Sie wurden gegenüber dem Voranschlag 1965 bei einer Steigerung der Planstellen im höheren Dienst von 1 388 auf 1 563 tatsächlich vermehrt
in A 16 um 82	um 22
in A 15 um 118	um 75 (97)
in A 14 um 132	um 151 (284)

in A 13 sollten bleiben 20 v. H.;

geblieben sind nach dem Vortrag von OPDir Dr. Kaiser 34,4 v. H.

Die Zahlen der tatsächlichen Planstellenmehrung sind hierbei errechnet durch Subtraktionen der Zahlen des Haushaltsvoranschlags 1965 von denen des Haushalts 1967. Ministerialrat Dr. Geerling hat in seinem Vortrag vor den Personalabteilungsleitern in A 15 und A 14 höhere Zahlen genannt (vgl. die Zahlen in Klammern). Das sind vermutlich die Zahlen der Beförderungsmöglichkeiten, die bei den auf die Spitzengruppe folgenden Besoldungsgruppen über dem Planstellenzugang liegen.

Wenn ich die gleiche Berechnung für den gehobenen Dienst anstelle, so ergibt sich

nach dem 3-Stufenplan des Postverwaltungsrates eine Mehrung der Planstellen	sie wurden gegenüber dem Voranschlag 1965 bei einer Steigerung der Planstellen von 21 789 auf 23 059 tatsächlich vermehrt	
in A 12 um 1 435	um 1 101 (1 058)	
in A 11 um 2 466	um 3 181 (3 301)	
in A 10		wie vorgesehen 50 v. H.
in A 9		wie vorgesehen 20 v. H.

Auch hier handelt es sich um die reine Planstellenmehrung. Auch dabei stimmen die Zahlen nicht überein mit den Ausführungen des Oberpostdirektors Dr. Kaiser auf der Tagung der Personalabteilungsleiter. Seine Aufstellung enthält, bezogen auf den 31. Dez. 1967, für den gehobenen Dienst in A 11 günstigere Zahlen (vgl. die Zahlen in Klammern).

Über den mittleren und einfachen Dienst brauche ich kaum zu reden. Nach dem Vortrag von Oberpostdirektor Dr. Kaiser hat die Beförderungswelle in der Besoldungsgruppe A 8 eine Steigerung um 18 216 und in der Besoldungsgruppe A 7 um 21 776, in der Besoldungsgruppe A 4 eine Steigerung um 45 489 Planstellen gebracht. Der mittlere Dienst hat in A 7 und A 8 mehr als doppelt so viele Planstellen wie in A 5 und A 6, der einfache Dienst hat in A 4 allein schon fast soviel Planstellen wie in A 2 und A 3 zusammen.

Durch die Unzahl der Beförderungen in den Laufbahnen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes ist noch ein Problem vordergründig geworden, das wir bisher großzügig etwas dilatorisch behandelt haben, das aber jetzt besonders in die Augen springt, nämlich die Bedeutung des Lebenseinkommens. Wir wurden vorhin durch Herrn Ministerialdirigent Köhler unterrichtet, daß das auf Veranlassung der Arbeitsgemeinschaft der Verbände des höheren Dienstes durch Herrn Prof. Dr. Heinz Müller, den Leiter des soziologischen Instituts der Universität Freiburg, erstellte Gutachten gerade bei der Berechnung des Lebenseinkommens zu für den höheren Dienst verblüffenden und erschütternden Ergebnissen kommt. Man kann jetzt schon Ende 20 Postinspektor, Ende 30 Postamtman und Ende 40 Postoberamtman, man kann schon Anfang 20 Postsekretär, Ende 20 Postobersekretär und Ende 30 Posthauptsekretär werden. Bis der höhere Beamte seine Ausbildung abschließt, wird der gehobene Beamte bereits zum 1. Mal, der mittlere Beamte schon zum 2. Mal befördert. Bis der höhere Beamte nach dem „Wunsche“ des Bundesfinanzministers seine erste Beförderung erfahren darf, kann der gehobene Beamte bereits seine 2. und der mittlere Beamte schon seine 3. Beförderung erhalten, kann der Beamte des mittleren Dienstes bereits seine ganze Laufbahn durchlaufen haben. Welches Einkommen haben die Beamten der anderen Laufbahnen bezogen, bis der Beamte des höheren Dienstes zu Dienstbezügen kommt, bis er seine 1. Beförderung erfährt. Es scheint geboten, das stärker ins Feld zu führen. Einer Stellungnahme des Ausschusses für den höheren Dienst des Deutschen Postverbandes, Landesverband Bayern, zum Entwurf des zweiten Vorschaltgesetzes ist zu entnehmen, daß dieser darüber eine Studie erarbeitet hat. In der Stellungnahme wird das Verhältnis, das § 54 Bundesbesoldungsgesetz für die Endgrundgehälter der Besoldungsgruppen A 1, A 5, A 9 und A 13 festlegt wie 100 : 130 : 200 : 330 — wobei immer zu beachten bleibt, daß A 1 praktisch unbesetzt ist —, des Lebenseinkommens der Laufbahn des einfachen : Laufbahn des mittleren : Laufbahn des gehobenen : Laufbahn des höheren Dienstes angegeben

im 40. Lebensjahr wie 100 : 107 : 119 : 141,

im 50. Lebensjahr wie 100 : 112 : 133 : 150,

im 65. Lebensjahr wie 100 : 122 : 163 : 235.

Ich nehme an, daß bei dieser Berechnung die nivellierenden Momente wie z. B. Ortszuschlag, Steuerprogression berücksichtigt sind. Vermutlich nicht be-

rücksichtigt wird sein alles, was dem Beamten des höheren Dienstes wegen seines höheren Bruttoeinkommens nicht zusteht, wie der Bezug von Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus, Studienbeihilfen usw. Ohne auf weitere Einzelheiten einzugehen, bleibt festzustellen: Diese Sachlage kann der höhere Dienst nicht hinnehmen. Wir haben unsere Forderungen nach der Situation vor einem Jahr in der Denkschrift niedergelegt und begründet. Die Denkschrift ist einem breiten, verantwortlichen Personenkreis übersandt worden. Ich fürchte, man hat sie nicht oder kaum gelesen. Es bleibt zu bedenken, daß gerade dem von uns mit der Denkschrift bedachte Personenkreis auch von vielen anderen Seiten Schriften zugesandt werden, er daher mit Zuschriften geradezu überschüttet wird und sich ohne weiteren Anstoß damit nicht eingehender beschäftigen wird. Die Herren unseres Ministeriums haben als ehrliche Makler sich rechtchaffen um Planstellen bemüht. Doch für den höheren Dienst mit recht begrenztem Erfolg. Sie stehen beim Bundesfinanzministerium einer im Schlüsseldanken erstarrten und jedem auflockerndem Gedanken abholden Behörde gegenüber. Die Herren des Bundesfinanzministeriums fühlen sich in ihrer ablehnenden Haltung noch darüber bestärkt, daß im Bundesdienst — wie von wohlwollenden Kennern als zutreffend bestätigt wird — die Deutsche Bundespost planstellenmäßig die günstigste Position unter den Bundesbehörden hat. Es muß einmal mit aller Deutlichkeit gesagt werden: Der erste und nicht der schwächste Gegner des höheren Beamten ist der höhere Beamte selbst. Wer fertigt die Gesetzentwürfe federführend, wer hat so z. B. den Entwurf des zweiten Vorschaltgesetzes gefertigt, der von Haus aus hätte für den höheren Dienst anders lauten müssen, wer bestimmt die Grenzen und Richtlinien über die Verhandlungen der Planstellen: Beamte des höheren Dienstes. Es ist so gar nicht recht vorstellbar, daß man keine Hemmungen hat, den Laufbahnen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes großzügig Zugeständnisse zu machen, sie aber dem eigenen Kollegenkreis verweigert. Die Betroffenen, nämlich die Kollegenschaft des höheren Dienstes, wohl erzogen, altruistisch, vom Beamtenethos erfüllt, schaut ehrerbietig auf diese weisen Männer und schweigt oder rührt sich, verglichen mit den Vertretern anderer Laufbahnen, nur recht schüchtern. Ich gebe zu, den meisten von uns liegt es nicht, hier unnachgiebig fordernd aufzutreten. Hinzu kommt z. Z. noch die Finanzmisere, die uns erst recht hemmt, für uns selbst die gebotenen Forderungen mit Nachdruck zu stellen. Man hatte allerdings, trotz der Finanzschwierigkeiten, keine Hemmungen den anderen Laufbahnen günstige Beförderungsmöglichkeiten zuzugestehen. Auch der Personalhaushalt der Deutschen Bundespost 1967 bewilligt großmütig die dritte Stufe des Vorschlags des Postverwaltungsrates zur Verbesserung der Planstellen im einfachen, mittleren und gehobenen Dienst. Wir müssen uns des in allen Situationen betonten Gleichheitsgrundsatzes, wohl verstanden und nicht mißgedeutet, erinnern. Wir müssen bedenken, daß die Zahl der höheren Beamten bei der Deutschen Bundespost nur etwa 0,6 v. H. der **Beamten** und sogar nur 0,34 v. H. der Bediensteten der Deutschen Bundespost ausmacht und daß die höheren Beamten keine 2 v. H. der verausgabten **Beamtenbezüge** erhalten. Daß es auch anders mög-

lich ist, zeigt die Situation im Lande Bayern, wo noch die Auswirkungen des Gefühls der Zusammengehörigkeit und gegenseitigen Verantwortung zu erkennen sind; hier rückt der Richter auch schon mit dem Beginn der siebenten Dienstaltersstufe in die Besoldungsgruppe A 14 auf — nach dem Bundesbesoldungsgesetz erst mit dem Beginn der neunten Dienstaltersstufe —. Die Herren des Bundesfinanzministeriums haben allerdings in Kürze, heute schon darauf fußend, für ihre Haltung eine gesetzliche Grundlage, nämlich das Dritte Gesetz zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes, das 2. Vorschaltgesetz. Wie bekannt, legt es das Verhältnis der Planstellen zueinander fest. Diese Bindung jetzt noch und damit für die nächsten Jahre zu lockern, wäre nur durch Einsicht und Verständnis des Parlaments möglich. Unsere Denkschrift ist u. a. den Fraktionen und maßgebenden Ausschüssen des Bundestages zugegangen. Davon allein dürfen wir uns aber keinen Erfolg versprechen. Ich habe soeben darauf hingewiesen. Es muß etwas getan werden, um unsere in der Denkschrift festgelegte Auffassung in das Denken der Abgeordneten zu bringen, wohin sie noch nicht gelangt ist. Wir müssen uns vor Augen halten, wenn es nicht gelingt, die im Entwurf enthaltenen Vom-Hundert-Sätze zu verbessern, wird eine Verbesserung der derzeitigen unhaltbaren Situation nur in bescheidenstem Maße möglich sein. Und das auf Jahre hinaus.

Das Gutachten des Herrn Professor Dr. Heinz Müller, Freiburg, ist eine sehr erfreuliche Unterlage für unseren Hinweis auf die ständige Nivellierung. Halten Sie aber bitte auseinander: unsere Denkschrift vom Juli 1966 soll darlegen, um wieviel schlechter die Beförderungsmöglichkeiten im höheren Dienst bei der Deutschen Bundespost verglichen mit jenen in der Mehrzahl der Länder sind. Hier gilt es durch Mehrung der höherwertigen Planstellen, der Beförderungsplanstellen — wie sie auch dem gehobenen Postdienst in reichem Maße zugestanden worden sind — Anschluß zu gewinnen. Diese Lage wurde ausgelöst durch die Weigerung der Bundesregierung mit den Grundgehältern der Beamten dem allgemein gestiegenen Einkommen und den laufend gestiegenen Preisen durch entsprechend prozentuale Erhöhung wenigstens in begrenztem Umfang nachzufolgen. Diese Weigerung führte bei den Ländern zu der reichen Vermehrung der Beförderungsplanstellen auch im höheren Dienst. Den dadurch entstandenen Unterschied vor Augen zu führen sowie die Notwendigkeit und den Weg der Abhilfe darzulegen, ist Sinn unserer Denkschrift.

Das Gutachten des Herrn Professor Dr. Heinz Müller, Freiburg, prüft die Entwicklung der Dienstbezüge im höheren Dienst und kommt zu der Erkenntnis stetiger Nivellierung seit 1927, insbesondere seit 1957, nicht zuletzt in den 60iger Jahren und zwar in einem geradezu erschreckendem Maße. Diese Nivellierung betrifft alle Beamten des höheren Dienstes und die Richter. Ihr erfolgreich entgegenzuwirken, ist Sache aller Verwaltungen und der Justiz, wobei sich die Arbeitsgemeinschaft der Verbände des höheren Dienstes nicht uninteressiert zeigen wird. Spätestens bei dem Entwurf eines neuen Besoldungsgesetzes müssen sich die Verantwortlichen klar geworden sein, wie sie der Nivellierung begegnen wollen und in welchem Umfang sie zu entzerrern bereit sind.

Bericht über die Arbeit in der F. I. T. C. E.

Von OPDir Dipl.-Ing. Julius Böwering

Der Berichtersteller ist Verbindungsmann zur F.I.T.C.E. im Hauptvorstand der Vereinigung der höheren Postbeamten und ordentliches geschäftsführendes Vorstandsmitglied der F.I.T.C.E., Sitz Brüssel.

Berichtszeit: vom 6. Oktober 1966 (Vertretertag in Saarbrücken) bis 26. April 1967 (Vertretertag in Hamburg), über rund 29 Wochen.

„Während dieser Zeit habe ich die deutsche Geschäftsführung der F.I.T.C.E. im Rahmen der Vereinigung der höheren Postbeamten wahrgenommen. Als ständiger Vertreter war OPDir Dipl.-Ing. Schütt, FTZ, tätig. Als Schriftführer, vor allem für die Aufstellung und laufende Berichtigung des Jahrbuches der F.I.T.C.E., arbeitete OPR Dipl.-Ing. Dehmer, FTZ.

Die Presseangelegenheiten sowohl in Verbindung mit dem „Nachrichtenblatt“ der Vereinigung der höheren Postbeamten als auch in der Eigenschaft als Mitglied des Redaktionskomitees der „Revue“-F.I.T.C.E. wurden von mir wahrgenommen.

Präsident a. D. Dipl.-Ing. W. Pietsch arbeitete als Verbindungsmann zu den außerordentlichen Mitgliedern der F.I.T.C.E., d. s. die Dipl.-Ing. der Industrie aus der B.R. Deutschland, die auf Antrag als außerordentliche Mitglieder der F.I.T.C.E. angehören.

Weitere 5 Kollegen arbeiten als ständige Mitglieder in den z. Z. 5 Kommissionen der F.I.T.C.E. mit; für die im Juli 1967 in Brüssel erstmals aufzustellende Kommission 6 muß noch ein weiterer Kollege als ständiger Mitarbeiter gefunden werden.

In der Kommission 1: „Struktur der Fernmeldeverwaltungen“ arbeitet OPDir a. D. Dipl.-Ing. Löffler, Freiburg, mit. Der Abschlußbericht dieser Kommission soll als besonderes Heft der „Revue“-F.I.T.C.E. zu den 6. Europäischen Fernmeldetagen 1967 in französischer und deutscher Sprache erscheinen. Die Kommission tagte kürzlich in Turin. Den Vorsitz in dieser Kommission hat Frankreich.

In der Kommission 2: „Die Wirtschaftlichkeit im Fernmeldewesen“ arbeitet OPR Dipl.-Ing. Meier, FTZ IX A, als Fachmann mit. Den Vorsitz in dieser Kommission haben die Niederlande. In der Berichtszeit trat die Kommission nicht zusammen; sie stand aber in schriftlichem Gedankenaustausch.

In der Kommission 3: „Fragen des technischen Nachwuchses“ arbeitet als Fachmann OPR Dipl.-Ing. Lempert, Düsseldorf, mit. Den Vorsitz hat Belgien. Diese Kommission trat am 2. März 1967 in Brüssel zusammen. Als deutscher Beitrag wurde Ausbildung und Aufbau der BFt-Laufbahn vorgetragen. Eine 2. Sitzung dieser Kommission soll im Mai 1967 in Brüssel stattfinden, um bis zu den 6. Europäischen Fernmeldetagen zu einem gewissen Abschluß zu kommen.

In der Kommission 4: „Technik und Betrieb der Fernsprechnetze in den großen Städten Europas“ arbeitet, zugleich als Vorsitzender, OPR Dipl.-Ing. Stegmann, FTZ, als Fachmann mit. An der Arbeit dieser Kommission sind die übrigen 5 Länder besonders

interessiert. In der Ortsnetzplanung sind wir Deutschen etwas voraus. Die PTT-Verwaltungen der anderen 5 Länder übernehmen für diese Kommission die ganzen Reisekosten für ihre Kommissionsmitglieder. Wir Deutschen sind hier in schlechterer Lage, da bei einem Versuch, es den anderen gleich zu tun, wir auf § 2 des Reisekostengesetzes verwiesen wurden. Die anderen Länder stellen das dienstliche Interesse an diesen Arbeiten in den Vordergrund.

Die Kommission 4 tagte am 24./25. Oktober 1966 auf Einladung der französischen PTT-Verwaltung in Straßburg. Am 13./14. Februar 1967 fand beim FTZ in Darmstadt eine Arbeitstagung dieser Kommission statt. Das besondere Thema war: „Vergleichende Studien der wirtschaftlichen Unterteilung eines Ortsnetzes in Anschlußbereiche“. Das um Zustimmung gebetene BPM hatte verfügt: „Ich bitte darum besorgt zu sein, daß der Rahmen für die Veranstaltung dem internationalen Ansehen der DBP gerecht wird“. Das FTZ hat danach verfahren. Es nahmen teil: 1 Belgier, 2 Franzosen, 2 Italiener, 1 Luxemburger und 1 Niederländer.

Die 3. Arbeitstagung dieser Kommission 4 fand vom 3. bis 5. April 1967 in Bologna statt.

Über das Ergebnis der Kommissionsarbeit wird OPR Dipl.-Ing. Stegmann auf den 6. Europäischen Fernmeldetagen in Brüssel im Rahmen der „Technischen Vorträge“ ein Sonderreferat halten.

In der Kommission 5: „Menschliche Beziehungen, Kinderaustausch, persönliche Besuche“ arbeitet OPR Dipl.-Ing. Kettenacker, München, mit. Den Vorsitz in dieser Kommission hat Italien.

Die Kommission trat in der Berichtszeit nicht zusammen. Man korrespondierte miteinander. Es erschien ein Aufruf über Kinderaustausch in der „Revue“-F.I.T.C.E., dem ein Fragebogen zur Anmeldung von Austauschbeilagen. In der vorliegenden Nr. 3/67 des „Nachrichtenblattes“ ist ein Kinderaustauschgesuch eines Italieners veröffentlicht.

Dem Heft 2/67 der „Revue“ liegt ein Meldeblatt bei über „Freundschaftliche Beziehungen, Persönliche Kontakte“. Die Frage lautet: „Wünschen Sie persönliche Kontakte mit ausländischen Kollegen anzuknüpfen, die Ihre Stadt besuchen?“

In der neu aufzustellenden Kommission 6: „Probleme des Transportwesens und der besonderen Anlagen — zu den Randgebieten des Fernmeldewesens gehörende Dienste“ müssen wir im Juli 1967 zu den 6. Europäischen Fernmeldetagen noch einen ständigen Mitarbeiter benennen.

Für die deutschen Anmeldungen zu den 6. Europäischen Fernmeldetagen in Brüssel hat sich OPR Dipl.-Ing. Hautmann, Saarbrücken, zur Verfügung gestellt. Bis jetzt liegen 90 feste Anmeldungen mit bezahlten Teilnehmerbeiträgen aus der BR Deutschland vor.

Weiter sind bei allen Bezirksvereinen der Vereinigung Verbindungsmänner oder Obmänner für die F.I.T.C.E. gewählt worden. Ich möchte die Bezirksvereine bitten,

die Namen dieser Kollegen OPR Dipl.-Ing. Dehmer, FTZ, zur Neuaufstellung des Verzeichnisses mitzuteilen.

Ebenfalls bitte ich alle Anschriftsänderungen weiter dorthin zu melden.

Es sei noch auf einige Vorgänge in der Berichtszeit besonders hingewiesen.

Am 7. November 1966 nahm ich an der Arbeitssitzung des Comité de Direction der F.I.T.C.E. in Paris im Gebäude des PTT-Ministeriums teil. Die Sitzung fand unter dem Vorsitz des F.I.T.C.E.-Präsidenten, Herrn Lambiotte (Belgien), statt und war von allen 6 Ländern ordnungsgemäß beschickt worden. Es wurden hauptsächlich das Programm für die 6. Europäischen Fernmeldetage in Brüssel 1967 erarbeitet und mehrere andere Vorstandsaufgaben erledigt. In der Zwischenzeit wurden laufende Fragen schriftlich behandelt. Die nächste Arbeitssitzung des Comité de Direction findet am 19. Mai 1967 in Brüssel statt. Das Programm der 6. Europäischen Fernmeldetage ist in der „Revue“-F.I.T.C.E. und der Nr. 2/67 des „Nachrichtenblattes“ veröffentlicht worden.

Zu den „Technischen Vorträgen“ auf den 6. Europäischen Fernmeldetagen konnten wir 5 Deutsche als Vortragende melden. Hierbei hat OPDir Dipl.-Ing. Schütt besonders mitgewirkt.

In der ZPF 7/67 habe ich einen Aufsatz veröffentlicht über das Thema: „Die F.I.T.C.E., die Föderation der Hochschulingenieure des Fernmeldewesens und ihre Europäischen Fernmeldetage.“

In den Heften 6/66 und 1/67 des „Nachrichtenblattes“ habe ich auf die Möglichkeit zur Teilnahme an einem Fortbildungskursus an Elektronenrechnern an der Ecole Nationale Supérieure des Télécommunications (E.N.S.T.) in Paris auf Einladung der Franzosen hingewiesen. Meldungen können noch erfolgen.

In Heft 1/67 des „Nachrichtenblattes“ habe ich eine Notiz über die neue Kommission 6 der F.I.T.C.E. gebracht.

Am 8. November 1966 wurde das Comité de Direction der F.I.T.C.E. im Anschluß an die Arbeitssitzung zur

Teilnahme an der Jahreshauptversammlung der französischen Nationalen Vereinigung der Ingenieure der PTT in Paris eingeladen. Mit den übrigen Mitgliedern des Vorstandes der F.I.T.C.E. nahm ich an technischen Vorträgen in der E.N.S.T. und am Festabend im Hotel Lutetia teil. In Anwesenheit des französischen PTT-Ministers wurde der gesamte F.I.T.C.E.-Vorstand mit Länder- und Namensnennung vom Präsidenten der französischen Vereinigung, Jean Fournier, öffentlich begrüßt. Der F.I.T.C.E. war ein Ehrentisch gegenüber dem französischen PTT-Minister eingeräumt. Die Behandlung durch die Franzosen war herzlich und sehr aufmerksam.

Am 24. Januar 1967 traf eine Einladung von der Union Professionnelle des Ingénieurs des Téléphones et des Télégraphes von Belgien zu einem Lunch in Brüssel am 11. Februar 1967 in Anwesenheit des belgischen PTT-Ministers ein. Aus verschiedenen Gründen konnte der Einladung leider nicht Folge geleistet werden.

In Zukunft soll nach Möglichkeit zur Pflege der persönlichen Kontakte solchen Einladungen stattgegeben werden.

Das „Nachrichtenblatt“ wird den übrigen 5 nationalen PTT-Ingenieurvereinigungen und dem Generalsekretariat der F.I.T.C.E. vom Hauptvorstand gemäß Beschluß des Vertretertages zu Münster zur Pflege der internationalen Beziehungen weiter regelmäßig zugesandt.

Leider können wir heute in Hamburg den internationalen Präsidenten der F.I.T.C.E. oder einen seiner Vertreter nicht unter uns begrüßen, da sie wegen Überlastung – offenbar durch die vorbereitenden Arbeiten für die Anfang Juli stattfindenden 6. Europäischen Fernmeldetage – abgesagt haben.

Die F.I.T.C.E., nach belgischem Recht eingetragen, gilt nach einer von Frankreich, den Niederlanden und Luxemburg früher vollzogenen Convention als anerkannte juristische Person (personalité juridique) auch in diesen Ländern.“

Der Bericht über die Arbeit in der F.I.T.C.E. wurde vom Vertretertag mit Beifall aufgenommen.

Die FEFAS seit ihrer Gründung 1966

Bericht auf dem Vertretertag 1967

Von Oberpostdirektor Ernst Schilly

Es ist eine schwierige Aufgabe, dem wuchtigen Epos vom Wirken und Wachsen der FITCE die schüchternen Verse einer schlichten Ballade über die ersten Tage der FEFAS anzufügen. Man muß sich da wohl schon auf eine Faustregel für unsere Zeit zurückziehen, nach der es das erwiesene Recht der Technik ist, in unorthodoxer Bravour jedes Neuland zu betreten, Pionierdienste zu leisten, wie es so schön heißt, und auch ohne Scheu grenzüberschreitende Organisationen ins Leben zu rufen, über deren Arbeit Herr OPDir Dipl.-Ing. Böwering kürzlich in der Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen so eindrucksvoll berichtet hat. Die bedächtiger Verwaltung, wenn ich den Antipoden einmal, wenn auch nicht ganz exakt, so bezeichnen darf, diese Verwaltung, die sich so oft in

einer von Bedenken und Erwägungen mannigfacher Art ausgetrockneten Landschaft bewegt, während sich die Technik schon längst an die Nutzbarmachung der Oasen begeben hat, sie hat inzwischen unter wesentlich anderen Voraussetzungen nachgezogen. Der kritisch-skeptische Widerhall, den die beabsichtigte Gründung der FEFAS und unsere Zustimmung seinerzeit verschiedentlich hervorriefen, braucht durch den vollzogenen Beitritt nicht verstummt zu sein. Kritik ist ein Dauer-Stimulans. Die laut gewordene „reservatio mentalis“ war und ist ja auch sicherlich nicht das Ergebnis von Überlegungen betriebswirtschaftlicher Art, die in Begriffen umschlossen sind wie Kosten – d. h. hier Beiträge – und Leistungen – d. h. hier meß- und abpackbare Ergebnisse etwa im Sinne eines

schlichten Vereinsdenkens. Bei einem solchen Verbandspragmatismus ist ein gewisser Automatismus zwischen 3 DM Monatsbeitrag und spürbaren Verbesserungen in der Besoldung allerdings oft mehr erwünscht als realisierbar. Ich bin persönlich eher geneigt, in diesem an die FEFAS gerichteten „cui bono?“ einen Ausdruck nüchterner Zurückhaltung gegenüber europäischen Verbandsübertreibungen zu sehen. Das ist ein Verhalten, das sich im Bereich der Politik vielleicht nicht so deutlich äußern kann, ohne daß gleich Zweifel an der deutschen Begeisterung geweckt werden, einer Gefühlsäußerung, die man im übrigen leicht wieder als geschickte Tarnung nationaler Ambitionen relativieren möchte. Sie sehen, meine Damen und Herren, die Politik bewegt sich, auch ohne daß man auf den Begriffsinhalt des griechischen Stammwortes zurückzugehen braucht, in unvermeidbarer Nähe zu unserem Entschluß, der FEFAS beizutreten. Die ungefilterte Skepsis, die aus der Frage spricht, was der Beitritt für uns für einen Zweck haben werde, zwingt uns zur illusionslosen Betrachtung dessen, was sich seit den Saarbrücker Tagen 1966 ereignet hat. Sie fordert aber ebenso klar zu einer anderen Feststellung heraus: Wieweit auch immer man sich distanzieren möchte von ephemerer Begeisterung über eine Gelegenheit, möglicherweise in der Euphorie einer dem Alltag abgerungenen Sternstunde über eine gewisse Strecke an den Realitäten vorbeigleiten zu können, von *einer* Feststellung sind wir dennoch nicht entbunden: trotz aller Neigung zu relativieren, darf man nicht übersehen, daß wir uns als höhere Beamte der DBP nicht in der Kleinkariertheit eines vom Rechenschieber symbolisierten Nützlichkeitsdenkens verlieren dürfen. Ohne auf der anderen Seite wieder in einem Strudel euphemistischer Erklärungen untergehen zu wollen, möchte ich doch mit einem Satz den übernationalen – nicht irrationalen – Sinn dieses Zusammenschlusses herausstellen. Seine Daseinsberechtigung ist zumindest auch in der Tatsache zu erblicken, daß hier in einem lebenswichtigen Bereich internationaler Daseinsvorsorge, der im allgemeinen losgelöst ist von den Spannungen der Alltagspolitik, sich die in verantwortlicher Stellung tätigen Vertreter von Fachverwaltungen zusammengefunden haben, deren Berufsinhalt das ganze menschliche Leben in einer Breite und Intensität umfaßt wie kaum auf einem anderen Gebiet. Der Rückhalt in einer weltumfassenden Aufgabenstellung und in einem vom Auftrag her in etwa genormten Sachdenken und in einer somit leicht zugänglichen Fachsprache erfährt gerade in seiner Beschränkung auf die europäischen Möglichkeiten eine Straffung und Konzentration, die dem Beginn unserer Arbeit nur förderlich sein kann. Meine Damen und Herren, das ist das Minimum an Konzession, zu dem wir uns gegenüber der geistigen Grundlage der FEFAS bereit erklären müssen. Wenn man dieses Zugeständnis in einen frevelhaften Luxus der Beitragsvergeudung umdeuten wollte, dann bliebe nur noch ein modischer Hang zu Europäisierungsfestivals als „movens“ übrig, ein Hang, der uns in Anlehnung an einen renommierten Ehrenpreis für stimmliche Glanzleistungen als Krönung unserer Arbeit vielleicht gerade noch die Verleihung des „Goldenen Posthorns von Paris, Bonn, Rom oder Den Haag“ als spektakuläres gesellschaftliches Ereignis übrigließe. Und das wäre doch wohl eher eine Angelegenheit der ARD oder des ZDF als das Betätigungsfeld einer Vereinigung höherer Postbeamter.

Lieferung sämtlicher Artikel für den Kabelkanalbau der Fernmelde-, Signal- und Starkstromtechnik



STEWING

Beton- und Fertigteilwerk
Dorsten

Beton- und Fertigteilwerk GmbH
Raunheim

Kunststoffbetrieb GmbH
Dorsten

Nach diesen mehr verbandsphilosophischen Parerga nun zu den Realitäten der FEFAS seit ihrer Gründung im vergangenen Herbst:

Der Gründungskongreß in Saarbrücken am 6. und 7. Oktober, bei dem im Gegensatz zur FITCE nur vier Länder vertreten waren, schuf die organisatorischen Voraussetzungen und das satzungsmäßige Gefüge für die Tätigkeit der FEFAS. In einer gedämpften Hingabe an lokalpatriotische Regungen darf ich an dieser Stelle noch einmal den Stolz und die Freude des jüngsten Bezirksvereins herausstellen, daß es ausgerechnet Saarbrücken sein durfte, das als Stadt der deutsch-französischen Begegnung und Verständigung die Gründung des Verbandes erleben durfte.

Am 25. Januar 1967 fand in Paris die erste Vorstandssitzung statt, an der Vertreter der vier Mitgliedsvereinigungen teilnahmen.

Die Leitung der Sitzung hatte an Stelle des erkrankten Präsidenten, Mr. Debrenne, der deutsche Vertreter.

Zunächst wurden vereinsrechtliche Fragen erörtert. Die französischen Vorschriften über internationale Vereinigungen, die – wie die FEFAS lt. Satzung – ihren Sitz in Frankreich haben, verlangen eine namentliche, nach Ländern aufgegliederte Mitgliederliste, die auch die Einzelanschriften enthalten muß. Die Bezirksvereine haben diese Unterlagen inzwischen zusammengestellt und dem Vorstand übersandt, der sie an den Generalsekretär der FEFAS weiterleiten wird. Eine kleine Folgefrage der vereinsrechtlich vorschriftsmäßigen Gründung der FEFAS ist auch die Einrichtung eines Postscheck- bzw. Bankkontos. Bis zur Eintragung ins Vereinsregister und der davon ab-

hängigen Eröffnung eines Kontos erledigt die französische Vereinigung die Kassenangelegenheiten.

Mittelpunkt der Beratungen in der Vorstandssitzung war der Arbeitsplan 1967. Er orientiert sich an dem Rahmen, den Art. 2 der Satzung hierfür gesteckt hat: auf dem Wege häufiger Kontakte will sich die Vereinigung bemühen, die Voraussetzungen zu schaffen für eine harmonische Entwicklung in den verschiedenen Bereichen unseres Berufes. Hier sind besonders hervorgehoben: wissenschaftliche und verwaltungsmäßige Zusammenarbeit bei der Entwicklung, Koordination und Rationalisierung der einzelnen Aufgabenbereiche, die Förderung der Bemühungen um eine materielle und geistige Weiterentwicklung des Berufsbeamten auf europäischer Ebene, Informationsaustausch und Austausch von Kollegen innerhalb der Verwaltungen, die Vertiefung der persönlichen Beziehungen im Sinne einer besseren Verständigung und einer gegenseitigen Unterstützung und endlich die Aufgabe, da, wo noch keine nationalen Organisationen bestehen, solche ins Leben zu rufen. In meinen einleitenden Worten zu diesem Tagesordnungspunkt regte ich an, man möge sich nicht zu viel vornehmen, es sei besser, sich zu bescheiden, dafür aber das, was man anpacke, mit entsprechender Entschlossenheit und Tatkraft durchzuführen. Ich hielt mich zu diesem Guß Wasser in den Wein der Begeisterung verpflichtet, weil mir zunächst einmal eine gewisse Konsolidierung der neu geschaffenen Situation erforderlich erscheint. Erst dann dürfte es auch möglich sein, organisatorische Maßnahmen zu ergreifen, etwa in Gestalt von Arbeitsgruppen, denen bestimmte Aufgaben zugewiesen werden können. Nicht zuletzt auch mit Rücksicht auf die erwarteten Beitritte anderer nationaler Vereinigungen glaubte ich davor warnen zu sollen, mit der Festlegung umfassender Programme „fait accompli“ zu schaffen, die neue Mitglieder belasten könnten.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der FEFAS hat das Generalsekretariat allen Postministern der CEPT-Länder die Statuten der Vereinigung, eine Art Geburtsanzeige, übersandt. Sie hat den Zweck, am Beitritt interessierte Vereinigungen in Betracht kommender Art, sofern solche in diesen Ländern bestehen, mit unseren Zielen bekannt zu machen. Unterstützt werden soll diese Aktion durch persönliche Intervention seitens der Vorstandsmitglieder bei den Vertretern solcher Vereinigungen, die sie persönlich kennen.

Bei dem angelegten kritischen Maßstab blieben dann noch zwei wesentliche Punkte, die nicht nur dem analytischen Geist der Initiatoren, sondern auch dem Publizitätsbedürfnis der FEFAS Rechnung tragen. Da ist zunächst die Untersuchung über die Lage der höheren Postbeamten in den Mitgliedsländern. Das Generalsekretariat hatte einen Vorschlag ausgearbeitet, der auf der Vorstandssitzung noch in einzelnen Teilen ergänzt wurde. Bei den bis zum Herbst dieses Jahres vorzulegenden Unterlagen der nationalen Vereinigungen handelt es sich um folgende nur den höheren Dienst betreffende Darstellungen:

1. Übersicht über Ämter, Dienststellung und Verantwortungsbereiche
2. Übersicht über die Laufbahnen
3. Fortbildung und freiwillige Weiterbildung
4. Besoldung, ergänzt durch Übersichten über
5. Sonstige Zuwendungen und
6. Leistungen sozialer Art, ferner
7. Versorgung.

Ergänzt wurden diese Übersichten durch Schaublätter über den Werdegang eines höheren Beamten und über die Organisation unserer Verwaltung.

Das andere Projekt, das für 1967 vorgesehen war, betrifft die FEFAS-Zeitschrift. Ich gab im Auftrag unserer Vereinigung zu bedenken, daß ein derart spektakuläres Unterfangen, dessen Resonanz unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden muß, daß sie internationale Auswirkungen haben soll, sehr gewissenhaft durchgeplant werden müsse, nicht nur was den Inhalt der ersten Ausgabe anbelangt, sondern auch in seiner äußeren Erscheinung.

Wir verblieben dann, vielleicht nicht ganz im Sinne der auch in solchen Fragen stets sehr mutigen und von verwaltungsökonomisch geringeren Bedenken beschwerten französischen Kollegen, bei folgender Lösung: die nationalen Vereinigungen legen zur Herbstsitzung des Vorstandes einen abgerundeten Vorschlag für die Gestaltung der Zeitschrift vor, der Vorstand prüft und einigt sich auf die beste Vorlage, die dann weiter ausgearbeitet und dem Kongreß 1968 zur Zustimmung unterbreitet werden soll. In diesen Bereich fällt auch der Beschluß, eine Art von Werbroschüre über die FEFAS herauszugeben, die allen gleichartigen Vereinigungen in den CEPT-Ländern zugehen soll. Einen Entwurf hierfür soll jede nationale Vereinigung bis zur Herbstsitzung 1967 vorlegen.

Zu der Frage des Ausbaues der sogenannten zwischenmenschlichen Beziehungen haben Sie das Teilergebnis im Bereich des Kinder- und Wohnungsaustausches in der Notiz in der April-Ausgabe unseres Nachrichtenblattes registrieren können.

Im rein berufsfachlichen Bereich äußerte der italienische Vertreter den Wunsch, die Vereinigung möge den Austausch von Beamten zu Ausbildungszwecken erleichtern helfen (studienhalber oder zur tatsächlichen Arbeitsleistung). Der Vorstand griff den Gedanken auf und beschloß, in diesem Sinne bei den vier Ministerien vorstellig zu werden. Diese unmittelbare Aktion der Vereinigung soll einen Vorstoß der einzelnen nationalen Vereinigungen bei ihren zuständigen Verwaltungen nicht ausschließen. Im übrigen wurde angeregt, u. U. auch an die EWG heranzutreten, um ihr so zur Kenntnis zu bringen, daß die FEFAS-PTT für Studien über Fragen aus dem Post- und Fernmeldewesen zur Verfügung steht.

Die Geldfragen beanspruchten und behaupten ihren Platz. Das Zweijahresbudget 1967/1968 schließt nach einigen Änderungen gegenüber dem Entwurf in Einnahmen und Ausgaben mit 31 464 F. ab.

Unter dem bei Tagungen international sanktionierten Punkt „Verschiedenes“ wurde folgender Beschluß gefaßt:

Austausch der Zeitschriften und besonderer Veröffentlichungen, wozu auch die Verzeichnisse der höheren Beamten gehören, unter den nationalen Vereinigungen und mit dem Vorstand.

Der Berichtstatter schloß seine Ausführungen wie folgt:

Ich habe den Eindruck, daß guter Wille, gemeinsame Interessen, einheitliche Berufsmoral als Voraussetzungen in der Lage sind, aus einem Zusammenschluß nationaler Vereinigungen mehr werden zu lassen als ein weiteres Glied in der Kette europäischer Verbände. Die Intensität, mit der die französischen Kollegen die Arbeit angepackt haben, ist beachtlich. Sie entspricht wohl der diszipliniert-unkonventionellen

Auffassung der Franzosen über den so arg strapazierten Begriff des „Management“ in der Verwaltung. Die Verbreitung dieser Auffassung innerhalb der Elite der ENSPTT erklärt auch ihren beeindruckenden Anteil an dem Versuch, die Verwaltung als abstrakt-wissenschaftlichen Gegenstand methodologisch immer mehr in die Hand zu bekommen, um so die pragmatisch-kasuistische Gestaltung des Alltags erfolgreicher meistern zu können.

Das kam auch äußerlich und am Rande der Vorstandssitzung in Paris zum Ausdruck: der Generalsekretär des französischen Postministeriums gab am 25. Januar zusammen mit dem Professor für Verwaltungswissenschaften, Mr. Langrod, einen Empfang aus Anlaß des Erscheinens eines Handbuches für Verwaltungswissenschaft, an dem auch Angehörige des höheren Dienstes der französischen Postverwaltung teilnahmen. Der Empfang führte prominente Persönlichkeiten der Wissenschaft und die leitenden Beamten des Postministeriums zusammen, mit denen die ebenfalls eingeladenen Vorstandsmitglieder der FEFAS einen freundlichen Gedankenaustausch pflegen konnten.

Nach wie vor bedarf es der Bausparförderung

Erfolgreiche Entwicklung des Beamtenheimstättenwerks 1966

Im Jahre 1966 konnte die erfolgreiche geschäftliche Entwicklung des Beamtenheimstättenwerks fortgesetzt werden, wenn man das Jahr als Ganzes betrachtet. Die Zahlen des Jahresabschlusses sind weiter angestiegen, allerdings nicht mehr so stetig und einheitlich, wie das in den vergangenen zwanzig Jahren der Fall war. Besonders im letzten Quartal 1966 hat sich auch im Bausparwesen deutlich gezeigt, daß die Zeit des anhaltenden stürmischen Wachstums, die Zeit des Wirtschaftswunders, vorüber ist.

Dennoch wird man auch in Zukunft auf das Bausparen in seiner traditionellen und bewährten Form nicht verzichten können. Es hat sich in guten und schlechten Zeiten als eine der zuverlässigsten und ergiebigsten Finanzierungsquellen für den Wohnungsbau erwiesen, wenn es vom Staat gefördert wird. Es macht Nichtsparer zu Sparern und veranlaßt viele, mehr zu sparen, als sie sonst zurücklegen würden. Die Erkenntnis, daß die Bauwirtschaft als Motor der Gesamtkonjunktur auf die Milliardenbeträge angewiesen ist, die das Bausparwesen über die Förderungsbeträge hinaus zur Verfügung stellen kann, dürfte angesichts der jüngsten wirtschaftlichen Entwicklung wieder an Überzeugungskraft gewinnen.

Die Bilanzahlen des Beamtenheimstättenwerks zeigen, daß der gesunde Wille zum Eigenheim und zur Eigentumswohnung trotz aller Risiken und Schwierigkeiten nach wie vor intensiv und weit verbreitet ist. Bei den Bau- und Baulandpreisen kann dieser Wille in einer sehr großen Anzahl von Fällen aber nur aktiviert werden, wenn er unterstützt wird. Unter den gegebenen Umständen bedarf es der Bausparförderung, um bei den Eigentumswilligen den Entschluß herbeizuführen, zu bauen und dafür zu sparen.

Mitteilungen der F. I. T. C. E.

Veröffentlichung über die F.I.T.C.E. in der „Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen“ (ZPF 7/67)

Im Heft Nr. 7 vom 10. April 1967, 19. Jahrgang, der „Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen“, herausgegeben mit Unterstützung des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen, ist auf den Seiten Nr. 238 bis 248 ein Aufsatz von Dipl.-Ing. Julius Böwering, Dortmund, erschienen über das Thema: „Die F.I.T.C.E., die Föderation der Hochschulingenieure des Fernmeldewesens der Europäischen Gemeinschaft und ihre Europäischen Fernmeldetage“, auf den hiermit aufmerksam gemacht wird. Der Aufsatz, der mit 11 Bildern über die Gründung und die bisherigen 5 Fernmeldetage ausgestattet ist, trägt folgende Zwischenüberschriften:

- Die Vorgeschichte,
- Der Gründungs-Kongreß der F.I.T.C.E.,
- Die Organisation der F.I.T.C.E.,
- Die 1. Europäischen Fernmeldetage 1962 in Luxemburg,
- Die 2. Europäischen Fernmeldetage 1963 in Rom,
- Die 3. Europäischen Fernmeldetage 1964 in Paris,
- Die 4. Europäischen Fernmeldetage 1965 in Den Haag,
- Die 5. Europäischen Fernmeldetage 1966 in Frankfurt a. M.,
- Die Studienkommissionen,
- Die Technischen Vorträge,
- Vorschau auf die Europäischen Fernmeldetage 1967 in Brüssel.

Kinderaustausch

Herr Ing. Gino Puccioni, Dirigente Procuratore bei der Società ITALCABLE, Rom, Via S. Erasmo 4, Fernsprecher: 75 43 25, möchte einen Sohn, 19 Jahre, und eine Tochter, 21 Jahre, während der Ferien vom 1. 8. 1967 bis 30. 9. 1967 im gleichzeitigen Austausch nach Deutschland schicken. Er fährt während dieser Zeit mit seiner übrigen Familie (4 Kinder) und den deutschen Gästen an das Tyrrhenische Meer. Vollständiger Fragebogen kann bei der OPD München, F.: 0811/5 58 84 19, angefordert werden. Interessenten können sich auch direkt an Herrn Puccioni wenden.

Kinderaustausch

Gastebois, Jacques, Ingénieur Général, Directeur de la Sotelec, Le Versinet bei Paris, Département: Les Yvelines 78, 114 Av. Galliéni, Fernsprecher 9 66 33 27, wünscht seine 16jährige Tochter mit deutsch-englischen Sprachkenntnissen im Austausch in Deutschland vom 1. bis 30. Juli 1967 unterzubringen. Es ist evtl. auch ein Sohn (deutsch) im Alter von 15 bis 16 Jahren im Austausch erwünscht. G. hat 2 Töchter und 1 Sohn (11 bis 16 Jahre).

Sport: Baden und Segeln in La Baule am Atlantik.

Für den Austausch aus Deutschland wird die Zeit vom 17. August bis 15. September angegeben.

Der Fragebogen liegt vor bei: OPR Dipl.-Ing. Kettenacker, OPD München (Mitglied der Kommission 5 der FITCE).

Anfragen bitte dorthin zu richten. F. 0811/5 58 84 19. Die Interessenten können sich auch unmittelbar an Gastebois wenden.

Goethe und der Generalpostmeister v. Nagler

Eine kulturgeschichtliche Studie von Gustav Gerke, 8105 Farchant

Unsere deutschen Schriftsteller, die ja nach Goethe „deutsche Märtyrer“ sind, wissen meist gar nicht, was für skandalöse Zustände ehemals herrschten. Das geistige Eigentum war ungeschützt und gewissenlosen, habgierigen Freibeutern preisgegeben. Goethe klagt sein Leid dem Generalpostmeister v. Nagler und bittet den Freund, ihm das ausschließliche Privileg für seine Werke zu verschaffen. v. Naglers Bemühungen waren ein voller Erfolg.

Karl Ferdinand Friedrich v. Nagler (1770–1846) war 1823 zum Generalpostmeister ernannt worden. Im Jahre 1824 vertrat er Preußen als Gesandter bei der „Bundesversammlung“ in Frankfurt. Neben seiner fruchtbaren Tätigkeit als Staatsmann war er ein bedeutender Kunstsammler, dessen Schätze, allgemein bewundert, später vom Preußischen Staat für das Museum in Berlin angekauft wurden.

Auch Goethe gehörte zu v. Naglers Bewunderern und er, Goethe, war ja selbst einer der bekanntesten Kunstsammler seiner Zeit. Das Innere seines Hauses in Weimar glich einem vornehmen Privatmuseum.

In einem Brief vom 29. 5. 1819 schreibt Goethe an seinen Duz-Freund, den Musiker und Komponisten Zelter in Berlin:

„Mir will nun nicht mehr (wo anders) wohl werden als in meinem Hause, das besonders im Sommer alle Vorteile genießt und wo mir so vielfältig zusammengetragene Besitztümer zu Gebote stehen, die mir Freude und Nutzen bringen, ob sie gleich vor dem Naglerischen Kunstschatzen verschwinden möchten.“ Es läßt sich denken, daß die beiden Sammler, Goethe und Nagler, durch das gemeinsame Kunstinteresse verbunden, auch bald Freunde werden würden. v. Nagler war auch bekannt, daß Goethe sich selbst bildnerisch betätigte und so bat er ihn um eine seiner eigenhändigen Zeichnungen. Goethe entsprach diesem

Wunsch mit dem folgenden Brief, dem er eine seiner Handzeichnungen beilegte.

An Karl Ferdinand Friedrich v. Nagler.

Mit einigem Widerstreben lege ich hier eine kleine eigenhändige Zeichnung bei, da mir die Unvollkommenheit solcher Bemühungen nur gar zu sehr bekannt ist. Weil nun aber die Versuche der Dilettanten kein Kunstverdienst mit sich führen, so tut man wohl, irgend etwas „Gemütliches“ hinzuzufügen.

Und da wäre denn bei dieser Kleinigkeit zu bemerken: daß sie mir selbst deshalb lieb und wert sei, weil sie unter die Blättchen gehört, welche in den Abendunterhaltungen bei Herzogin Amalie entsprangen, woselbst ein höchst gebildeter Kreis sich versammelte und jeder auf seine Weise sich selbst und andere unterhielt. Indes einige Karten spielten, die Anderen Musik machten, beschäftigten sich, neben Ihrer Durchlaucht, der Engländer Herr Gore, seine älteste Tochter und ich mit mancherlei Entwürfen und Skizzen, Rat Kraus beobachtete mit malerischem Blick unterweilen die Gesellschaft und faßte gelegentlich manch artiges Bild auf, von welchen Darstellungen noch einige übrig geblieben sind. Soviel sei gesagt, die Mängel des Blättchens nur einigermaßen zu decken und es geneigter Aufnahme bescheiden zu empfehlen.

J. W. v. Goethe

Weimar, den 17. Februar 1821.



Gesellschaft bei der Herzogin Anna Amalia in Weimar. Nach einer Zeichnung von Georg Melchior Kraus (um 1715).

Vorlage Historisches Bildarchiv Handke

Die Handzeichnung Goethes ist verschollen. Das Bild von dem Maler Kraus sei Ersatz dafür. Es zeigt den gesellschaftlichen Kreis, den auch Goethes Handzeichnung zum Vorwurf hatte.

Drei Jahre vergehen. Da wendet sich Goethe an Nagler in einer für Goethes Lebenswerk entscheidenden Sache:

An Karl Ferdinand Friedrich v. Nagler.

Schon seit vielen Jahren höre ich Ew. Exzellenz als den umsichtigsten Kunstkenner und glücklichsten Sammler preisen: in der neuesten Zeit habe ich Sie als den tätigsten Geschäftsmann zu bewundern und nun wird mir auch der Vorzug einer persönlichen Bekanntschaft: da ergab sich denn mir sogleich ein wohlgegründetes unbedingtes Vertrauen.

Auf dieses gestützt nehme (ich) mir die Freiheit in der Beilage einen Wunsch zu eröffnen, der mir nicht unbillig scheint, dessen Gelingen ich aber niemand als Ew. Exzellenz in die Hände legen möchte. Ich wage dies unmittelbar im strengsten Geheimnis, damit ich im Falle des Gelingens freudig anerkenne, wem ich so bedeutende Vorteile schuldig geworden, oder wenn Sie das Geschäft nicht für tunlich hielten, mich ohne Weiteres mit Überzeugung im stillen bescheide.

J. W. v. Goethe

Weimar, den 2. November 1824.

Goethes Beilage „Entwurf“ für den Bundestag in Frankfurt.

Geneigtest zu bedenken.

Der Kontrakt, den Unterzeichneter mit der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart über die Ausgabe seiner ästhetischen Werke Anno 1816 auf sieben Jahre vollzog, war auf zwanzig Bände gerechnet, welche nach und nach geliefert wurden, sodann aber, nach Verlauf erstgenannten Termins, die bewilligte Verpflichtung erlosch.

Von der Zeit an dachte man an eine neue erweiterte Ausgabe, welche nicht allein jene ersten zwanzig Bände, sondern auch die inzwischen einzeln abgedruckten Arbeiten, nicht weniger manches vorrätige Manuskript in sich fassen sollte, so daß daher wohl eine auf vierzig Bände sich erstreckende Folge zu erwarten wäre.

Bei einem solchen Unternehmen sehen jedoch Autor und Verleger sich in dem Falle, wegen mancherlei Besorgnissen zauderhaft zu verfahren. Zuerst zeigt sich nun der Nachdruck als der gefährlichste Widersacher, und die Erfahrung lehrt, daß hierüber allerhöchsten Ortes ein durchgreifendes Gesetz zu entwerfen und über alles, was zu berücksichtigen sein möchte, sich zu vereinigen, großen Schwierigkeiten unterliege.

Diesem in älterer und neuerer Zeit unheilbaren Übel, daß der geistreich tätige Künstler vor Beeinträchtigungen seines verdienten Lohnes und Erwerbs nicht zu sichern sei, hat man schon früher durch Privilegien einigermaßen abzuwehren gesucht. Bald nach der Erfindung der Buchdruckerei gaben Kaiserliche Schutzbriefe genügsam Sicherheit und auch in späteren Zeiten ist ihr Ansehen nicht erloschen. Könige und Fürsten verliehen auch dergleichen und so ist es bis auf die neuesten Zeiten gehalten worden.

Sollte nun aber gegenwärtig der erhabene Bundestag, der Verein aller deutschen Souveränitäten, nicht dasjenige als Einheit zu bestimmen geneigt sein, was den Einzelnen vorher anzuordnen und festzusetzen zukam, und würde nicht die hohe Versammlung durch einen solchen Akt ihr entscheidendes Gewicht auf deutsche Literatur und Geistesbildung kräftigst bestätigen?

Würde daher ein Autor, der so viele Jahre in seinem Vaterlande gewirkt, dessen reine, mit allen bestehen-

den und zu wünschenden Guten im Einklang beharrende Tätigkeit dem Einsichtigen vor Augen liegt, einen allzukühnen Wunsch aussprechen, wenn er ein solches Privilegium von den verbündeten vereinigten Mächten sich erbäte und zwar für sich und die Seinen, sodaß er einem Selbstverlagunternehmen, oder wenn er einen Kommissionär, vielleicht auch einem Verleger das Recht von seinen Geistesprodukten merkantilischen Vorteil zu ziehen übertragen wollte, er auch zugleich auf diese den gesetzlichen Schutz zu erstrecken das Befugnis hätte?

Ich schmeichle mir des Wohlwollens mehrerer deutscher Herrscher und Fürsten, die wohl nicht abgeneigt wären, einen ihrer alten Diener und Verehrer, den sie sonst einzeln begünstigten, nunmehr im Ganzen wohl-tätig anzusehen.

Gleich freundlicher Gesinnungen darf ich mir von mehreren Ministern schmeicheln, deren einige, als Gleichzeitig, mir ein reines Wohlwollen viele Jahre erhalten, sowie andere Jüngere, in Betracht des Vorteils, den sie aus meinen Bemühungen gezogen, mich mit Anteil und Neigung beglückt haben.

Wie nun aber unter obwaltenden Umständen dieses Gesuch höchsten und höheren Ortes angesehen werden könne? inwiefern und in welchem Betracht es zu gewähren sei? reicht über meine Einsicht; so wie ich denn auch Belehrung wünsche, ob von meiner Seite deshalb einiger Schritt zu tun oder ob eine solche Begünstigung aus eigener höchster Bewegung mit Bescheidenheit zu erwarten sei. Mehr wüßte (ich), wenn auch schon manches zu erörtern übrig bleibt, für den Augenblick nicht zu äußern, als nur gütiger Leitung und Teilnahme mich und die mir so nah verwandte Angelegenheit vertrauend angelegentlich zu empfehlen.

Gehorsamst

J. W. v. Goethe

(Interpunktionen nach Goethes Original)

Am 11. 1. 1825 schickte Goethe dieses von Nagler begutachtete Schreiben als Eingabe an den Deutschen Bundestag, bei dem v. Nagler als Vertreter Preußens wirkte, nach Frankfurt.

Durch Naglers Bemüh'n wurde Goethe das Privileg für das Land Preußen erteilt.

Zu seinem Geburtstag, am 28. August 1827, einem Höhepunkt seines Lebens, hält Goethe die kostbare Rolle mit dem Privilegium in seinen Händen.

Eduard Gans, Professor der Rechte in Berlin, von Berlin zu Goethes Geburtstag gekommen, berichtet über das festliche Essen am Tage nach dem Geburtstag. Zusammen mit ihm war auch der Berliner Archäologe und Orientreisende, Dr. Parthey, zur Tafel geladen.

Professor Gans berichtet:

„Ich fand alle Gäste schon versammelt, es waren meist diejenigen, die an dem vorigen Tage als Dichter und Anordner des Festes aufgetreten waren. Goethe war im großen Kostüme, mit allen seinen Orden angetan, und von Frauen nur seine Schwiegertochter und ihre Schwester, Fräulein v. Pogwisch, gegenwärtig. — ‚Der Ehrwürdige Patriarch war in heiterster Laune und strahlte wie eine Sonne Behagen aus‘ (so Dr. Parthey).

Als man zu Tisch gehen wollte, nahm Goethe Herrn Dr. Parthey aus Berlin und mich bei der Hand, führte uns zur Tafel, setzte sich zwischen uns und meinte,

daß er sich mit Absicht den Platz zwischen zwei Berlinern vorbehalten habe, die so gütig gewesen wären, gestern an seinem Feste zu erscheinen.

Als einige Anwesende die Rede auf das gestrige Erscheinen des Königs von Bayern Ludwig I. Karl August (1825–1848) und auf das Erhebende eines solchen Besuches brachten – der König hatte Goethe die höchsten bayerischen Orden verliehen – meinte Goethe sich zu mir wendend:

Nun, wenn ich mich auch rücksichtlich Preußens nicht einer solchen Ehre zu erfreuen habe, so bin ich doch

Ihrem Vaterlande den größten Dank für den Schutz schuldig, den es mir in Beziehung auf mein Eigentum, das heißt auf die Herausgabe meiner Werke, gewährt hat.

Er forderte nunmehr seinen Sohn auf, die Urkunde zu holen, in welcher das förmliche Privilegium sich befand und die von seiner Majestät dem Könige und dem Generalpostmeister v. Nagler unterschrieben war. Er hielt dieses Privilegium in einer prächtigen Rolle verwahrt und sagte uns, indem er es öffnete: Sehen Sie das ist der beste Orden! 29. August 1827.“

Fachbuchreihe für den Post- und Fernmeldedienst

Unser Verlagsprogramm umfaßt Fachbücher, welche für die Ausbildung, den Unterricht und Dienstgebrauch bestimmt sind und einen zuverlässigen Helfer bei Fortbildung und täglicher Arbeit darstellen. Nachstehend bringen wir eine Auswahl von Titeln, deren Anschaffung empfohlen werden kann. Es sind lieferbar:

- | | | | |
|--|---|-------------|--|
| Band 4 | OPR a. D. Dr. HAAK | | |
| Einführung in die Leitungstechnik | | | |
| | 4. verbesserte und erweiterte Auflage,
131 Seiten mit 131 Abb., kart. | DM 7,50 | |
| Band 7 | OPDir Dr.-Ing. SCHIWECK und Ing. SCHOMBURG | | |
| Einführung in die Fernschreibvermittlungstechnik | | | |
| Teil I Deutsche Technik | | | |
| | 460 Seiten mit 254 Abb., Ganzleinen | DM 40,- | |
| Band 8 | OPDir Dr.-Ing. SCHIWECK und Ing. SCHOMBURG | | |
| Einführung in die Fernschreibvermittlungstechnik | | | |
| Teil II Deutsche und ausländische Technik | | | |
| | 636 Seiten mit 235 Abb., Ganzleinen | DM 64,- | |
| Band 11a | APr Dr. OELPKE | | |
| Gesetzessammlung für den Post- und Fernmeldedienst | | | |
| Teil I Postverfassungs- und Nutzungsrecht | | | |
| | 360 Seiten Loseblattform in Ringheftermappe | DM 26,50 | |
| Band 25 | F. RINKOW | | |
| Einführung in die mathematischen Grundbegriffe der Fernmeldetechnik | | | |
| | 4. Auflage, 185 Seiten mit 104 Abbildungen und
14 Tabellen | DM 6,50 | |
| Band 28 | OPR a. D. Dr. HAAK | | |
| Einführung in die Technik der Elektronenröhren | | | |
| | 2. Auflage, 241 Seiten mit 194 Abb., kart. | DM 9,60 | |
| Band 35 | Pr Dr. WIESEMEYER und MinR DISTEL | | |
| Grundriß des Bundesbeamtenrechts | | | |
| | 2. Auflage, 300 Seiten, kart. | DM 9,50 | |
| Band 39 | Prof. Dipl.-Ing. SCHÖNFELD | | |
| Einführung in die Fernsprech-Nebenstellentechnik | | | |
| | 592 Seiten mit 377 Abb., Ganzleinen | DM 64,- | |
| Band 40 | Ing. SVEND HEINZE | | |
| Rohrpostanlagen, ihre Technik, Anwendung und Wartung | | | |
| | 218 Seiten, 122 Abb., kart. 7,50 DM Halbleinen DM 9,50 | | |
| Band 44 | MinR DISTEL | | |
| Personalvertretung bei Behörden | | | |
| | 2. verb. Auflage, 500 Seiten, Ganzleinen | DM 26,- | |
| Band 45 | PR a. D. MÜLLER-FISCHER | | |
| Zelttafel zur Geschichte des Post- und Fernmeldewesens | | | |
| | 90 Seiten mit Abb., kart. | DM 4,- | |
| Band 48 | PAm NEMITZ | | |
| Der Fernmelderechnungsdienst bei der DBP | | | |
| | 329 Seiten mit 76 Abb. einschließlich der Ergänzungs-
lieferung 1966 (Loseblattsammlung) | DM 14,50 | |
| | Sammelmappe | DM 3,50 | |
| | Ergänzungslieferung 1966 einzeln | DM 10,50 | |
| | Ergänzungslieferung 1967 in Vorbereitung | | |
| Band 51 | Pr Dipl.-Ing. KNEBEL | | |
| Fernsprech- und Telegraphenkabel einschließlich der Seekabel | | | |
| | 268 Seiten mit 152 Abb., Ganzleinen | DM 36,- | |
| Band 52 | AR REIMER (Herausgegeben von MinDirig Dr. Jung) | | |
| Handbuch für das Personal des Postscheckdienstes | | | |
| | 5. verbesserte und erweiterte Auflage,
189 Seiten, kart. | DM 9,60 | |
| Band 54 | Pr Dipl.-Ing. KNEBEL | | |
| Telegraphen-, Land- und Seekabel, Fernsprechseekabel | | | |
| | 256 Seiten mit 140 Abb., Ganzleinen | DM 38,- | |
| Band 55 | APr Dr.-Ing. BURKERT | | |
| Der technische Kraftfahrdienst bei der Deutschen Bundespost | | | |
| | 576 Seiten mit 357 Abb., Ganzleinen | DM 20,- | |
| Band 56 | PAm BORRIG | | |
| Bestimmungen über Ton- und Fernseh-Rundfunkgenehmigungen | | | |
| | 68 Seiten, kart. | DM 4,80 | |
| Band 57 | PAm FICK | | |
| Dioden, Zenerdioden und Transistoren in der Unterrichtspraxis mit Versuchsanleitungen | | | |
| | 379 Seiten mit 202 Abb., kart. | DM 28,- | |
| In Vorbereitung befindliche Neuerscheinungen und überarbeitete Neuauflagen | | | |
| Band 59 | OPR NUGEL | | |
| Der Geschäftsgang bei der Deutschen Bundespost | | | |
| | ca. 80 Seiten, kart. | ca. DM 14,- | |
| Band 47 | OPDir Dr. LINDNER | | |
| Der Postbeförderungsdienst | | | |
| | ca. 300 Seiten mit vielen Abbildungen | ca. DM 28,- | |
| Band 12 | POAm OCHS | | |
| Grundzüge der Linientechnik | | | |
| | Einführung und Überblick
ca. 250 S. mit etwa 100 Abb., Ganzleinen | ca. DM 26,- | |
| Band 23 | OPR Dipl.-Ing. KRAUSE | | |
| Ortsämter mit Wahlbetrieb | | | |
| | 6. Auflage in Vorbereitung
ca. 460 Seiten mit etwa 275 Abb., Ganzleinen | ca. DM 34,- | |
| Band 6 | OPDir Dr.-Ing. SCHIWECK | | |
| Einführung in die Telegraphen-Übertragungstechnik | | | |
| | 2. verbesserte Auflage
ca. 280 Seiten mit etwa 170 Abbildungen | ca. DM 26,- | |

Bestellungen nehmen der Verlag sowie jede Buchhandlung entgegen.

DAMM-VERLAG (vorm. E. Herzog & R. Damm)

338 Goslar · Postfach 87 · Ruf (05321) 236 06